

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 16.12.2024 um 14:30 Uhr
Elisabeth Hoffmann-Saal (Kuppelsaal) im Forum Alte Post, Poststraße

| | |
|-------------------------------------|-----------|
| Gesetzliche Mitgliederanzahl | 45 |
| Anwesend sind | 41 |

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

| Außer TOP 3, TOP 4

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

| Vorsitzender bei TOP 3, TOP 4

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Florian Bandner

Herr Florian Bilic

Herr Artur Bobowski

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Hans-Jürgen Demberger

Frau Barbara Deutschmann

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Kim Germann

Frau Bärbel Göllner

Herr Gernot Gölder

Herr Volker Haberkost

Herr Gerhard Hussong

Frau Helga Knerr

Herr Jochen Knerr

Herr Frederic Krämer

Frau Brigitte Linse

Herr Dr. Bernhard Matheis

Frau Gudrun Matheis

Herr Bernd Maus

Frau Christine Mayer

Herr Dan-Odyseas Miliadis

| ab 14:38 Uhr

Herr Ralf Müller

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz
Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Bernd Süssig
Herr Sebastian Tilly
Herr Jan Philipp Weimann
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Luis Wittmer
Herr Heinrich Wölfling

| bis 16:32 Uhr

Protokollführung

Frau Iveta Leidinger

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker
Frau Iris Brandt
Herr Christoph Dörr
Herr Martin Forster
Herr Thomas Iraschko
Herr Kölsch Alexander
Frau Annette Legleitner
Herr Libal Sebastian
Herr Roman Lill
Herr Oliver Minakaran
Herr Andreas Mühlbauer
Herr Gustav Rothhaar
Herr Michael Schneider
Herr Karsten Schreiner
Herr Ralph Stegner
Herr Maximilian Zwick

Zur Sitzung hinzugezogen:

Herr Martin Forster
Herr Ralph Stegner

| TOP 11.8., 11.9.
| TOP 11.10

Zur Ausbildungszwecken anwesend:

Frau Lena Hahn

Abwesend:

Mitglieder

Herr Giuseppe Di Benedetto
Herr Klaus Jürgen Hartmann
Herr Andreas Jakobi
Herr Martin Stabel

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 17:00 Uhr)
2. Information Ganztagsförderungsgesetz
3. Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)
 - 3.1. Jahresabschluss Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP) zum 31.12.2023
 - 3.2. Jahresabschlussprüfung 2024 des WSP; hier Bestellung Wirtschaftsprüfer
4. Abwasserbeseitigungsbetrieb
 - 4.1. Jahresabschluss Abwasserbeseitigungsbetrieb zum 31.12.2023
 - 4.2. Bestellung eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2024 für den Sonderhaushalt Abwasser
5. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025
 - 5.2. Forstwirtschaftsplan 2025
 - 5.3. Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 5.4. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 5.5. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan
6. Satzung der Stadt Pirmasens über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern ab dem Jahr 2025 (Hebesatzsatzung)
7. Vergabeermächtigungen
 - 7.1. Ausbau der Straße "Am alten Friedhof" in Gersbach
 - 7.1.1. Ausbau der Straße "Am alten Friedhof" in Gersbach
Erhöhung der Vergabeermächtigung
 - 7.1.2. Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben; Ausbau "Am alten Friedhof, AE Gersbach"
 - 7.2. S 16 Hugo-Ball Gymnasium - Vergabeermächtigung und Kostenfeststellung zur Errichtung von Sanitärcontainern und einem Vordach zur Unterbringung von vier Schulklassen der Pirminiussschule
 - 7.3. OM 06 Nagelschmiedsbergschule
Vergabeermächtigung und Kostenfeststellung für Rückbau und Entsorgung des

Gebäudes

8. Erweiterung Städtebaufördergebiet LZ-I Zentrale Innenstadt (Programm Lebendige Zentren)
9. Beschluss über die Geschäftsordnung des Stadtrates in der 19. Wahlperiode
10. Messe Pirmasens GmbH; 1. Kostentragung Stadt 2. Vollzug des § 88 Abs. 1 Gemeindeordnung, Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Messe Pirmasens GmbH
11. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der
 - 11.1. Bio-Energie Pirmasens GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025
 - 11.2. Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025
 - 11.3. Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH
 - 11.3.1. Wirtschaftsplan 2025
 - 11.3.2. Verwendung der Mittel zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs 2024
 - 11.4. Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025
 - 11.5. Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025
 - 11.6. Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH
 - 11.6.1. Wirtschaftsplan 2025
 - 11.6.2. Verwendung der Mittel zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs 2024
 - 11.7. Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP)
 - 11.7.1. Verwendung der Mittel zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs für 2024
 - 11.7.2. Verzicht auf die Aufstellung und Prüfung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung für das Geschäftsjahr 2025 für kleine und mittelgroße kommunale Kapitalgesellschaften
 - 11.7.3. Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres 2024
 - 11.8. Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 11.8.1. Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2025
 - 11.8.2. Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für die Abschlussprüfung des Geschäftsjahres 2024
 - 11.9. Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)
 - 11.9.1. Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2025
 - 11.9.2. Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für die Abschlussprüfung des Geschäftsjahres 2024
 - 11.10. Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 11.10.1. Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2025
 - 11.10.2. Kreditermächtigung für den Geschäftsführer im Rahmen des Finanzplanes 2025
 - 11.10.3. Bestellung des Abschlussprüfers der Bauhilfe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2024
12. Wahlen
 - 12.1. Nachwahl für die Aufsichtsräte der städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und der Medizinisches Versorgungszentrum städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 12.2. Bildung des Koordinierungsrates Dynamikum Pirmasens
13. Resolution "Gemeinsam gegen Fluglärm und Kerosinablassungen in der Region"

14. Spenden
 - 14.1. Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) - Unterstützung der Hugo-Ball-Gesellschaft
 - 14.2. Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) - Unterstützung des Kunst- und Kultur Pirmasens e.V.
 - 14.3. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
15. Anfragen und Informationen

zu 1 **Einwohnerfragestunde (ab 17:00 Uhr)**

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17:00 Uhr.

Herr Bernd Rösch stellt die folgenden Fragen:

1. Warum hat das Haus der Finanzen kein Blindenleitsystem zum Finden des Türöffners?
2. Muss ein von der Hundesteuer befreiter Blindenführhund tatsächlich jährlich neu bei der Stadt angemeldet werden?
3. Warum haben die Behindertentoiletten, z.B. Bahnhof, Dynamikum, Rathaus, kein Blindenleitsystem?
4. Warum ist im Dynamikum die Behindertentoilette sowie der Durchgang (2. Tür) dorthin nicht mit einem Euro-Schlüssel ausgestattet?
5. Warum ist im Rathaus der Aufzug und dessen Zugänge nicht blindengerecht markiert?
6. Warum wurde der Kreisel in der Arnulfstraße nicht blindengerecht ausgebaut? (abgesenkte Bordsteine mit Blindenleitsystem in bestimmter Höhe und einen Rollstuhlübergang)
7. Neues Zeichen für Blindenführhund bzw. Assistenzhunde
Ab 01.01.2025 müssten Assistenzhunde ein neues Zeichen tragen. Dieses berechtige dann noch umfassender zum Zutritt öffentlicher Gebäude, bspw. Schwimmbäder. Er sei der Auffassung, die Verwaltung sei darauf nicht vorbereitet bzw. kenne die Neuregelung überhaupt nicht.

8. Bushaltestellen

8.1 Warum sind viele Bushaltestellen und deren Wartehäuschen nicht blindengerecht ausgebaut? (z.B. auch Blindenplatten hin zur Sitzbank oder zum Wartehäuschen allgemein).

Beispiele: Haltestellen Goethestraße und Schloßplatz

8.2 Bei den neuen barrierefreien Haltestellen im Stadtgebiet sei zumindest teilweise - wenn nicht gar an allen Haltestellen - die Blindenführmarkierung falsch. Diese müsse von der Bordsteinkante zunächst vollständig bis zur Sitzbank führen und nicht bereits vorher enden. Außerdem sei die Ausrichtung falsch. Diese liege teilweise quer statt längs, sodass eine Wegweisung mit Stock nicht möglich sei (siehe Bilder anbei). An den „Kreuzungen“ der Führungsrillen müssten Noppenplatten auf die Kreuzung hinweisen. Diese fehlten bspw. an der Haltestelle Hornbach/Zweibrücker Straße.

Der Vorsitzende sagt eine Beantwortung der Fragen zu. Hierzu sowie um weitere Anregungen aufzunehmen soll ein Besprechungstermin mit Herrn Rösch stattfinden.

Ratsmitglied Hussong bedankt sich bei Herrn Rösch für die Anfrage. Er sei zudem der Meinung, dass die Barrierefreiheit einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft haben muss. Hier seien in Zukunft weitere Gespräche auch unter Hinzuziehung des Beauftragten für die Belange behinderter Menschen erforderlich.

Der Vorsitzende stimmt dem zu und bedankt sich ebenfalls bei Herrn Rösch.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erwünscht sind, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 17:07 Uhr.

zu 2 Information Ganztagsförderungsgesetz

Der Vorsitzende führt in das Thema ein.

Er erläutert, ab dem Schuljahr 2025/26 hätten Schüler und Schülerinnen der ersten Klassen einen Anspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung.

Sodann erläutert der Amtsleiter des Jugend- und Sozialamts Herr Rothhaar die Einzelheiten anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Welker fragt an, ob hinsichtlich der Essenskosten eine Förderung für einkommensschwache Eltern vorgesehen sei.

Zum anderen möchte er wissen, ob das zusätzliche Personal vom Land bezahlt werde.

Herr Rothhaar führt aus, eine Förderung erfolge über die Regelungen des SGB II und SGB XII. Bei den Ganztagschulen beteilige sich auch die Stadt an den Kosten.

Der Vorsitzende ergänzt, in der Ganztagschule trage das Land das Personal, die Stadt gebe einen Zuschuss zum Essen. Die betreuenden Grundschulen seien Sache der Stadt, es gebe aber kein pädagogisches Fachpersonal. Das Essen werde von den Eltern getragen.

Ratsmitglied Welker fragt, ob nicht die Umstellung auf die Ganztagschule eine Alternative sei.

Der Vorsitzende erklärt, dies sei zum Teil bereits der Fall, aber die Entscheidung liege bei der Schule; wo es gewollt und sinnvoll sei, werde dies umgesetzt.

Ratsmitglied Eyrisch ergänzt, eine Ganztagschule sei verpflichtend; das Gesetz sei zumindest im Ansatz positiv zu bewerten.

Der Stadtrat nimmt die Information zum Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) zur Kenntnis.

zu 3 Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)

zu 3.1 Jahresabschluss Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP) zum 31.12.2023

Vorlage: 1936/II/WSP/2024

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an den Beigeordneten Clauer und nimmt mit Bürgermeister Maas gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 des Wirtschafts- und Servicebetriebs der Stadt Pirmasens nicht teil.

Der Vorsitzende Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Wirtschafts- und Servicebetriebs vom 24.11.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der aufgestellte Jahresabschluss 2023 wird nach Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hopmeier & Stegner, Pirmasens, mit einer

| | |
|--------------------------------|-----------------|
| Bilanzsumme von insgesamt | 11.881.746,58 € |
| Erträgen von | 14.837.957,39 € |
| Aufwendungen von | 15.396.112,62 € |
| und einem Jahresfehlbetrag von | - 558.155,23 € |

gemäß § 2 Abs. 2 Ziffer 2 in Verbindung mit § 27 Abs. 2 EigAnVO festgestellt.

2. Das Jahresergebnis 2023 wird wie folgt verwendet:

| | |
|---------------------------------|----------------|
| Vortrag auf neue Jahresrechnung | - 558.155,23 € |
|---------------------------------|----------------|

3. Gemäß § 27 EigAnVO i.V. mit §§ 89 und 114 GemO wurde dem Oberbürgermeister, soweit Beigeordnete ihn vertreten haben, diesen Entlastung erteilt.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 3.2 Jahresabschlussprüfung 2024 des WSP; hier Bestellung Wirtschaftsprüfer Vorlage: 1934/II/WSP/2024

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Wirtschafts- und Servicebetriebes vom 13.11.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hopmeier & Stegner, Berliner Ring 31, 66955 Pirmasens, wird auf Grundlage §2 Abs. 1 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen vom 22.07.1991 als Abschlussprüfer des als Eigenbetriebs geführten Wirtschafts- und Servicebetriebes der Stadt Pirmasens (WSP) bestellt.

zu 4 Abwasserbeseitigungsbetrieb

zu 4.1 Jahresabschluss Abwasserbeseitigungsbetrieb zum 31.12.2023 Vorlage: 1940/II/66.3/2024

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an den Beigeordneten Clauer und nimmt mit Bürgermeister Maas gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 des Abwasserbeseitigungsbetriebs der Stadt Pirmasens nicht teil.

Der Vorsitzende Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 19.11.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der aufgestellte Jahresabschluss 2023 wird nach Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, mit einer Bilanzsumme von insgesamt 98.651.672,43 EUR
Erträgen von 10.176.442,84 EUR
Aufwendungen von 10.412.049,55 EUR
und einem Jahresfehlbetrag -235.606,71 EUR
gem. §2 Abs. 2 Ziffer 2 in Verbindung mit § 27 Abs. 2 EigAnVO festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag 2023 wird wie folgt verwendet:
Vortrag auf neue Rechnung: -235.606,71 EUR

Gem. §§ 27 EigAnVO i.V.m. 88 und 114 GemO wird dem Oberbürgermeister, und soweit ihn Beigeordnete vertreten haben, diese Entlastung erteilt.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 4.2 Bestellung eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2024 für den Sonderhaushalt Abwasser
Vorlage: 1937/II/66.3/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 19.11.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Göken, Pollak & Partner Treuhandgesellschaft mbH, Würzburg, wird für das Jahr 2024 auf Grundlage § 2 Abs. 1 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen vom 22.07.1991 (GVBl. S 331) als Abschlussprüfer der eigenbetriebsähnlich geführten Einrichtung Abwasserbeseitigung bestellt.

zu 5 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 1959/II/20.1/2024

Der Vorsitzende schlägt vor, die Redezeit auf 15 Minuten zu begrenzen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Begrenzung der Redezeit auf 15 Minuten.

Der Vorsitzende verliert die Haushaltsrede:

“Sehr geehrte Damen und Herren,
der Entwurf des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung 2025 wurde am 11.11.2024 im Stadtrat eingebracht und in zwei Sitzungen des Hauptausschusses sowie im Kultur-, Jugendhilfe-, Schulträger-, und Sportausschuss ausführlich beraten. Die Ausschüsse haben dem Haushalt zugestimmt bzw. mehrheitliche Empfehlungen zur Beschlussfassung getroffen.

In einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsbeiräte am 21.11.2024 wurde seitens des Oberbürgermeisters und der Verwaltung über die Haushaltssatzung und die jeweiligen Ansätze des Haushaltsplanes informiert.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und allen Anlagen hat in der Zeit vom 14.11. bis 28.11.2024 zur Einsichtnahme ausgelegen. Es waren keine Rückmeldungen zu verzeichnen. Im Hinblick auf die anstehende Grundsteuerreform wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen auch die Höhe des Hebesatzes für die Grundsteuer B beraten. Ich möchte Ihnen vorab noch einige Erläuterungen zu diesem recht komplexen Thema geben.

Durch das Grundsteuer-Reformgesetz erhöht sich die Grundsteuer Belastung für die Wohnimmobilien erheblich, während sich die Belastung von Gewerbegrundstücken stark reduziert. Es hat also eine Verschiebung der Belastung von den Wohn- zu den Nichtwohngrundstücken stattgefunden und damit eine deutliche Benachteiligung von Mietern und Eigentümern.

Nun hat die Landesregierung noch kurzfristig einen Gesetzesentwurf eingebracht, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, unterschiedliche Hebesätze für Wohn- und Gewerbegrundstücke zu beschließen. Wir haben ermittelt, dass wir einen Hebesatz von rd. 730 v.H. für die Wohngrundstücke und knapp 1.700 v.H. (!!) für Gewerbegrundstücke ausweisen müssten, um das gleiche Grundsteueraufkommen wie bisher zu erzielen. Für Nordrhein-Westfalen liegt bereits ein Gutachten vor, das die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung bezweifelt. Auch in anderen Ländern mehren sich die Stimmen, die eine solche Differenzierung für verfassungswidrig halten.

Hinzu kommen rein praktische Probleme bei der Umsetzung vor Ort. Selbst wenn die Einführung differenzierter Hebesätze in Pirmasens in Betracht gezogen werden würde, wäre in der Kürze der Zeit eine entsprechende Umstellung des EDV-Programms gar nicht mehr möglich. Die Kommunalen Spitzenverbände haben bereits im Jahr 2023 auf das Problem der extremen Belastungsverschiebung und der Folgen für die Bürgerinnen und Bürger hingewiesen und – um die Situation in den Kommunen zu entschärfen – eine Änderung des Gesetzes in Form der Anpassung der Steuermesszahlen vorgeschlagen. Mehrere Länder, darunter leider nicht Rheinland-Pfalz, haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Eine weitere kurzfristig umsetzbare Lösung wäre die Einführung einer Härtefallregelung gewesen. Aber auch hier hat sich das rheinland-pfälzische Finanzministerium quer gestellt.

Seitens des Landes ist vielmehr gegen den ausdrücklichen Willen der Kommunen der Gesetzentwurf für differenzierte Hebesätze auf den Weg gebracht worden. Und das in dem Wissen über die damit verbundenen Risiken. Der Städtetag Rheinland-Pfalz warnt deshalb das Land eindringlich davor, den nun beabsichtigten „Schnellschuss“ im Gesetzgebungsverfahren zu den differenzierten Hebesätzen noch vor Ende dieses Jahres vorzunehmen.

Im Fazit muss ich feststellen, dass ein auf Landes- und Bundesebene verursachtes Problem mit diesem Gesetzentwurf nun den Kommunen aufgebürdet wird, ohne wirkliche Lösungsansätze zu bieten. Meiner Auffassung nach – und ich muss es leider in dieser Deutlichkeit sagen – hat die Grundsteuerreform ihr Ziel verfehlt.

Aus Gründen der Rechtssicherheit müssen die Realsteuerhebesätze außer in der Haushaltssatzung bis zum Jahresende auch in einer gesonderten Hebesatz-Satzung beschlossen werden. Diesen Punkt haben wir heute gleich anschließend auf der Tagesordnung. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen und dies ist auch die Empfehlung aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses, den Hebesatz für die Grundsteuer B auf 700 v.H. anzuheben. Dem Vorschlag des Landes, für die Wahrung der Aufkommensneutralität den Hebesatz auf 1.026 Punkte anzuheben, möchte ich auf keinen Fall folgen. Dies wäre – von der Verfassungswidrigkeit dieses hohen Satzes einmal abgesehen – in Anbetracht der derzeitigen wirtschaftlichen Lage keine bürgerfreundliche Politik. Und ich sage Ihnen offen, dass ich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nicht in einer solchen Dimension mit Steuererhöhungen belasten möchte. Sie müssen schon mit steigenden Energiekosten und Teuerungsraten bei der Lebensführung zurechtkommen. Zusätzliche Belastungen sind da nur sehr schwer zu verkraften.

Mit einem Hebesatz bei der Grundsteuer B von 700 v.H. hätten wir zwar noch nicht das bisherige Aufkommen von 10,6 Mio. Euro bei der Grundsteuer erreicht. Wir würden etwa bei einem Volumen von rd. 7,4 Mio. Euro landen. Die Aufsichtsbehörde würde diese Anhebung jedoch als wichtiges Signal für die weiteren Konsolidierungsbemühungen der Stadt Pirmasens betrachten, wie sie uns in einem Gespräch im Vorfeld der Einbringung des Haushalts bestätigt hat.

Aufgrund des veränderten Hebesatzes ergeben sich nun folgende neue Eckdaten beim Haushalt 2025:

Bei Erträgen von knapp 180 Mio. Euro und Aufwendungen von 198,5 Mio. Euro verbleibt ein Fehlbedarf von 18,5 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieses Defizit um rd. 3,4 Mio. Euro verschlechtert. Die Verschlechterung ist im Wesentlichen auf die verminderten Einnahmen im Bereich Grundsteuer zurückzuführen, wie ich Ihnen eben bereits ausführlich dargestellt habe.

Ich verzichte darauf, Ihnen die einzelnen Positionen des Ergebnishaushaltes erneut zu erläutern, da ich bereits in meiner Rede zur Einbringung des Haushaltes im November ausführlich auf die einzelnen Budgetbereiche und die jeweiligen Veränderungen eingegangen bin. Bürgermeister Maas hat Ihnen im Zuge der Haushaltsberatungen auch bereits detailliert die Investitionsmaßnahmen vorgestellt, so dass weitere Ausführungen von meiner Seite hierzu ebenfalls nicht mehr notwendig sind.

Erlauben Sie mir jedoch noch einige Anmerkungen zum Stellenplan, der im Rahmen der Haushaltsberatungen ebenfalls erörtert wurde.

Den größten Stellenzuwachs verzeichnen wir im Bereich Jugend und Soziales mit knapp 23 Stellen. Etwa 20 Stellen hiervon sind alleine für neue Kita-Einrichtungen und aufgrund neuer Betriebserlaubnisse in vorhandenen Einrichtungen erforderlich.

Aufgrund neuer Vereinbarungen mit den freien Trägern kommen in den künftigen Jahren höhere Kostenanteile auf die Stadt Pirmasens zu, da der bisherige Finanzierungsmodus nicht mehr gehalten werden kann.

Ein weiterer Bedarf von rd. 5 Stellen ergibt sich im Gebäudemanagement, und zwar bei der Gebäudereinigung und der hausmeisterlichen Betreuung. Außerdem wurde eine Stelle im Energiemanagement geschaffen, die jedoch an eine Bezuschussung gekoppelt ist. Der restliche Bedarf verteilt sich über mehrere Verwaltungsbereiche, so beispielsweise beim Straßenbau- und Verkehrswesen, beim Brand- und Katastrophenschutz, bei der Schulverwaltung und beim Ordnungsamt. Für Digitalisierung und IT-Sicherheit gab es einen Stellenmehrbedarf im Bereich Organisation und zentrale Dienste.

Ein gestalterischer Einfluss konnte dabei nur in Randbereichen erfolgen, z.B. bei der Stelle Fachkraft Diversität im Rahmen des Sozialraumbudgets. Die übrigen Stellenmehrungen resultieren aus gesetzlichen Anforderungen, wie beispielsweise die Bereitstellung von Kita-Plätzen oder die Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplans. Mehrbedarfe ergeben sich auch aus der Entwicklung von Kennzahlen, wie z.B. Betriebserlaubnisse bei den Kitas, Schülerzahlen, Mehraufwand bei der Digitalisierung im Hinblick auf IT-Sicherheit, Social Media Management oder die Gebäudebewirtschaftung.

Erfreulich ist nach wie vor, dass die Stadt Pirmasens seit diesem Jahr am Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen“ teilnehmen konnte. Durch die Übernahme von einem großen Teil der Liquiditätskredite können wir im kommenden Jahr Einsparungen bei Zinsaufwendungen verzeichnen. Leider ist alleine mit dieser Maßnahme aber immer noch keine auskömmliche Finanzausstattung, die unsere Stadt dringender denn je benötigen würde, verbunden.

Die Verluste, die uns durch die Grundsteuerreform entstanden sind, hätten wir nur mit einem exorbitant hohen Hebesatz von 1.026 vH. ausgleichen können. Wie ich bereits oben ausgeführt habe, kommt dies aus den genannten Gründen für uns nicht in Frage.

Der Spielraum der Kommunen ist sehr begrenzt, was weitere Einnahmemöglichkeiten anbelangt. Auch die Ausgabepositionen werden bereits permanent auf den Prüfstand gestellt. Die kommunale Selbstverwaltung spielt sich nur noch in einem marginalen Bereich, nämlich bei

den freiwilligen Leistungen, ab. Und diese sind in Pirmasens ganz sicher nicht unverhältnismäßig hoch angesetzt. Sie betragen nur rd. 5 % des gesamten Ausgabevolumens.

Ich kann deshalb nur weiterhin den Finger in die „Wunde der mangelhaften Finanzausstattung“ legen und an das Land appellieren, den Finanzausgleich zu überarbeiten. Aus diesem Grund werde ich nicht nachlassen, insbesondere auch als Vorsitzender des Städtetags Rheinland-Pfalz, gemeinsam mit anderen Kommunen für unsere Position und eine auskömmliche Ausstattung zu kämpfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns nun zu Ihren Haushaltsreden kommen und anschließend zusammen über den Haushalt 2025 abstimmen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!“

Sodann verliest Ratsmitglied Eyrisch die Haushaltsrede für die CDU-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Beigeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

heute legen wir den Haushaltsplan für das kommende Jahr zur Beratung und Verabschiedung vor – ein Plan, der die Herausforderungen unserer Stadt reflektiert und im Rahmen des finanzpolitisch Möglichen die Marschrichtung für die nächsten zwölf Monate festlegt.

Auf welchen finanziellen Grundlagen dieser Haushaltsentwurf fußt, ist zumindest hier im Gremium weithin bekannt und wurde sowohl von mir als auch von meinen Vorgängern bereits mehrfach kritisiert.

Kommunen wie Pirmasens tragen eine immer größer werdende Last: Die Kosten für soziale Sicherung, Infrastruktur und Bildung steigen kontinuierlich, während die Einnahmen nicht mit diesen Anforderungen Schritt halten.

Diese strukturellen Defizite sind nicht hausgemacht. Sie sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Unterfinanzierung der Kommunen in Rheinland-Pfalz.

Das von uns erstrittene Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz von 2020, das die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen als verfassungswidrig erklärte, hat zwar Reformdruck erzeugt. Doch die bisherige Umsetzung bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Das für 2023 geplante neue Landesfinanzausgleichsgesetz hat die finanzielle Schieflage vieler Kommunen nicht wesentlich verbessert. Vor allem die großen sozialen Lasten, die in finanzschwachen Städten wie Pirmasens besonders spürbar sind, werden weiterhin nicht angemessen ausgeglichen.

Im Gegenteil. Die Lage verschärft sich zusehends. Durch neue Gesetze aus Berlin und Mainz steigen die Kosten weiter. Das Gute-Kita-Gesetz ist hier ein Paradebeispiel. Nicht nur wir beklagen, dass die in der Folge der Umsetzung des Gesetzes entstehenden Kosten nicht ausreichend durch Landes- und Bundesmitteln gedeckt sind. Besonders der Ausbau der Kitaplätze, aber auch die Umsetzung der Qualitätsstandards v.a. durch scheinbar verbesserte Betreuungsschlüssel führen zu deutlichen Mehrbelastungen der kommunalen Haushalte.

Eine weitere Folge des unausgegorenen Gesetzes aus Mainz ist die fehlende Festlegung des Eigenanteils der freien Träger im Bereich kommunaler Kitas. Hier haben die kommunalen Spitzenverbände zwar eine Zwischenlösung gefunden, aber auch diese geht mit einem deutlichen finanziellen Mehraufwand für unsere Stadt einher. Und auch hier ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht.

Und so steigt der Sozialetat erneut und bleibt die größte Herausforderung im städtischen Haushalt. Für 2025 steigen die Sozialausgaben auf 110,8 Millionen Euro – das entspricht knapp 56 % der Gesamtaufwendungen (198,5 Mio.). Gründe hierfür sind neben den bereits erwähnten Mehrausgaben in Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes unter anderem Fallzahlsteigerungen insbesondere bei Eingliederungshilfen, der Wegfall von Sondermitteln für die Flüchtlingsaufnahme und steigende Kosten bei der Hilfe zur Erziehung und zur Eingliederungshilfe.

Auch wenn die Schlüsselzuweisungen leicht ansteigen, bleibt der Fehlbedarf allein im Sozialbereich enorm und verschärft sich von -31,4 Millionen Euro (2024) auf -34,4 Millionen Euro in 2025.

Unser Anspruch ist es, niemanden zurückzulassen. Aber gerade das ist es, was Bund und Land immer noch mit ihren Kommunen tun – sie lassen sie finanziell im Regen stehen. Flankiert von einer aus unserer Sicht völlig fehlgeleiteten Wirtschafts-, Energie- und Sozialpolitik. Und als ob dies nicht reichen würde, werden vom Land auch noch bei der Grundsteuerreform schwere handwerkliche Fehler gemacht – natürlich zu Lasten unseres Haushalts, vor allem aber auch der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Die Grundsteuerreform hat in diesem Jahr eine zentrale Rolle in der Haushaltsplanung eingenommen. Sie verändert die Berechnungsgrundlage der Grundsteuer und führt insbesondere in Städten mit niedrigen Bodenrichtwerten, wie Pirmasens, zu signifikanten Einnahmeverlusten.

Für 2025 wird ein Rückgang der Grundsteuer-B-Einnahmen um 4,6 Millionen Euro prognostiziert – das entspricht fast der Hälfte der bisherigen Einnahmen aus diesem Bereich. Um das Defizit auszugleichen, schlägt der Haushalt eine Erhöhung des Hebesatzes auf von 570 auf 700 Punkte vor.

Zwar reicht diese Maßnahme nicht aus, um den entstandenen Fehlbetrag gänzlich zu decken, aber immerhin erkennt die ADD diese Maßnahme aus Konsolidierungswillen an und versagt deswegen nicht die Genehmigung des Haushalts.

Glücklich sind wir mit der Anhebung allerdings nicht. Zumal das Land bei der Ausgestaltung des Gesetzes auf Länderebene schlicht gepennt hat. Obwohl die Kommunalen Spitzenverbände schon früh im Verfahren auf die Gefahr einer ungleichen Belastung zwischen Wohnen und Gewerbe verwiesen haben, hat es Mainz schlicht versäumt, Maßnahmen zu ergreifen, die die Belastungen gerechter verteilt hätten. Durch die länderspezifische Anpassung der der Steuermesszahlen, so wie im Saarland, hätte man die Belastung für Wohnen reduzieren und die Ungleichbehandlung ausgleichen können. Nun tragen in Rheinland-Pfalz Wohneigentümer, aber auch Mieterinnen und Mieter die Last der Reform – und natürlich die öffentlichen Haushalte, die ihre Bürger nicht über Gebühr belasten wollen und können und den Rest des Defizits daher übernehmen.

Apropos Konsolidierungswillen unserer Kommune: Bürgermeister Maas hatte bei der letzten Stadtratssitzung auch uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu aufgerufen, pro Fraktion je einen Vertreter in die neue Haushaltskonsolidierungskommission zu entsenden. Dort soll uns die Möglichkeit gegeben werden, gemeinsam mit Amtsleitern und Mitarbeitenden der Stadt die einzelnen Haushaltspositionen kritisch zu beleuchten um so ggf. noch Einsparpotentiale zu entdecken.

Dass ausgerechnet von den beiden größeren Oppositionsparteien, namentlich der AfD und der SPD, kein Vertreter in dem Ausschuss war, kann nun jeder selbst für sich bewerten. Ich persönlich glaube, wir sollten als Ratsmitglieder alles in unserer Macht Stehende dafür tun, den Konsolidierungswillen unserer Kommune auch jenseits von Steuer- oder Abgabenerhöhungen gegenüber der ADD darzulegen. Und wenn das bedeutet, dass wir zum x-ten Mal den Haushalt links drehen müssen, nur um erneut formal festzustellen, dass da jenseits von Pflichtaufgaben nicht mehr viel ist, dann sollten wir das auch tun und auch hier das Heft des Handelns nicht leichtfertig abgeben.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt deutlich, wie eng unser finanzieller Spielraum ist. Mit einem geplanten Fehlbetrag von 19,9 Millionen Euro stehen wir vor großen finanziellen Herausforderungen. Und doch senden wir mit diesem Haushalt ein wichtiges Signal:

1. Wir nehmen die Pflicht zur Haushaltskonsolidierung ernst, indem wir notwendige Maßnahmen wie die Anpassung der Grundsteuer ergreifen.
2. Wir investieren gezielt in die Zukunft – in Bildung, Jugend und den sozialen Zusammenhalt.

Mit einem Investitionsvolumen von 22,8 Millionen Euro im Jahr 2025 setzen wir ein klares Signal zugunsten unserer Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Mit mehr als 10 Millionen Euro fließen damit fast 50 Prozent der Investitionen in Jugend- und Bildungsprojekte.

Konkret bedeutet dies den Ausbau von Schulmensen, die Sanierung und brandschutztechnische Verbesserung unserer Schulen, den Bau neuer Kindergärten, die Errichtung des Jugendhauses an der Jugendherberge und den Neubau der städtischen Turnhalle in der Turnstraße.

Rechnet man die Sonderhaushalte Abwasser sowie den Wirtschafts- und Servicebetrieb mit dazu fließen zudem rd. 12 Millionen Euro in die Zukunftsbereiche Klima- und Umwelt.

Die beabsichtigten Investitionen werden nicht nur bessere Lernbedingungen schaffen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärken. Denn Bildung ist nicht nur ein Recht, sondern eine Investition, die sich vielfach auszahlt.

Als Teil der Mehrheitskoalition freut es mich besonders, dass die Stellen im kommunalen Vollzugsdienst auf unsere Forderung hin aufgestockt wurden. Bereits bei der Einbringung unseres Antrags auf Kameraüberwachung der Innenstadt war klar, dass sowohl das zuständige Innenministerium als auch die Polizeidirektion vor Ort von unserem Vorstoß nicht begeistert sein werden und das Vorhaben – wenn es überhaupt eine Chance auf Realisierung haben wird – eher mittelfristig umgesetzt werden kann.

Aufgrund der Diskussionen in der Bevölkerung rund um das abnehmende Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum und der so wichtigen Aufwertung unserer Innenstadt als Wohlfühlort in Pirmasens sind aus unserer Sicht jedoch schnelle und kurzfristige Maßnahmen erforderlich. Hier können häufigere und gezieltere Streifen des Kommunalen Vollzugsdienst eine Möglichkeit sein, das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern und die Aufenthaltsqualität hierdurch wieder zu erhöhen. Das sollen die neuen Stellenanteile gewährleisten.

Das dürfen aber nicht die einzigen Maßnahmen bleiben. So erhoffe ich mir auch von Seiten des neu gewählten Beirats für Integration und Migration weitere Impulse, die die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammenbringen und auch in die Pflicht nehmen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise die Übernahme bzw. Ausdehnung von Grünflächenpatenschaften in der Innenstadt durch genau die Menschen, die sich dort auch aufhalten. Das wäre aus meiner Sicht ein starkes Signal an all jene, die hier mit Ängsten oder Ressentiments behaftet sind.

Zusammenfassend ist der Haushalt 2025 ein Ausdruck unserer Verantwortung gegenüber unserer Stadt und ihrer Menschen. Und Verantwortung ist das Entscheidende. Die Forderung der Opposition, den Haushalt einfach abzulehnen zeigt, wie wenig Verantwortungsbewusstsein unserer Stadt gegenüber hier am Werke ist. Denn damit machen sie es sich zu einfach.

Denn wenn wir heute den Haushalt ablehnen, entscheiden morgen nicht mehr wir Pirmasenser, wie es mit unserer Stadt weitergeht. Dann ist die ADD am Ruder und entscheidet, welche Projekte in unserer Stadt umgesetzt, welche Schwerpunkte gesetzt werden und in welchem Maße unsere Bürgerinnen und Bürger hier zur Kasse gebeten werden sollen.

Ein verantwortungsvolles politisches Handeln von Stadträten sieht anders aus.

Wir sind nicht bereit, das Heft des Handelns aus den Händen zu geben.

Wir wollen als Pirmasenserinnen und Pirmasenser selbst entscheiden, welchen Weg unsere Stadt einschlagen wird.

Wir setzen die Leitplanken für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt durch Investitionen in Jugend, Bildung und die Erneuerung unserer Infrastruktur.

Und wir sorgen im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten dafür, dass die finanziellen Belastungen unserer Bürger nicht ins Uferlose steigen - und ergreifen gegenüber dem Land und der ADD alle Maßnahmen, die weitere Steigerungen verhindern – und sei es auch noch so mühsam.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu!

Stellvertretend für meine Fraktion darf ich mich bei allen Mitwirkenden für die gute Vorbereitung und die Präsentation in den Gremien bedanken.

Vielen Dank.“

Ratsmitglied Tilly verliest die Haushaltsrede für die SPD-Fraktion:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,
im vergangenen Jahr durften wir eine Reihe sportlicher Großereignisse bestaunen, die Fußball-Europameisterschaft in Deutschland, die olympischen Sommerspiele in Paris, der Spatenstich für die neue TVP-Halle und natürlich das absolute Highlight – die Eröffnung der Calsthenics-Anlage im Sportpark Husterhöhe. Es gibt viele Parallelen zwischen Politik und Sport, beides braucht Spielregeln, in beidem muss man mit dem notwendigen Etat auskommen, in beidem gibt es für jedes Interessengebiet ein Angebot, es gibt Angebote für Jung und Alt. Grund genug auf das Sportjahr 2024 zurückzublicken und einen Ausblick auf das Sportjahr 2025 zu wagen

Daher werden wir uns gemeinsam anschauen, wie es mit den Spielregeln aussieht, in welchem Bereichen der Aufstieg gefeiert werden konnte, wo man sich über den Klassenerhalt freuen konnte und wo man leider den Abstieg nicht mehr verhindern konnte.

Finanzsituation/Spielregeln

Leider haben sich die Spielregeln im Vergleich zum letzten Jahr nochmals verschärft, was natürlich auch Auswirkungen auf die Finanzlage hat. Haben wir das letzte Mal nach einem positiven Vorjahr uns schon wieder mit einem Defizit anfreunden müssen, fällt das Defizit für das kommende Jahr nochmals deutlich größer aus. Daher wird die alljährliche Disziplin des Haushaltshürdenlaufs ungleich schwerer. Neben den nach wie vorherrschenden Krisensituationen auf der Welt, die sich auch auf die Situation hier vor Ort auswirken, haben sich leider auch für die Stadt Pirmasens die Regeln zur Finanzierung nochmals zu unseren Ungunsten verändert. Die Rede ist von der Grundsteuerreform, die in der Folge zu einem weiteren Defizit von 3 Mio. € führen wird. Lösungsvorschläge dazu liegen bereits vor, aber Sie Herr Oberbürgermeister als Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Städtetags haben den Entwurf des Landesgesetzgebers mit Verweis auf die Regelung in NRW komplett abgelehnt. Dabei übersehen Sie jedoch, dass der Entwurf des Landes Rheinland-Pfalz sich erheblich von dem Entwurf für NRW unterscheidet, da in RLP eine weitere Differenzierung möglich ist als in NRW. Die genutzte Möglichkeit zur Grundsteuer stellt eine einseitige Belastung der privaten Besitzer von Familienhäusern und Mieterinnen und Mieter da. Die Möglichkeit höhere Messzahl bei unbebaute Grundstücke anzusetzen bleibt ungenutzt. Der Chance die Lasten endlich fair auf alle Schultern zu verteilen, erteilen Sie eine Absage, schade.

Aber natürlich – beim Sport ist es auch nicht anders – ist neben Sponsoren die Finanzierung durch eigene Anstrengungen wie beispielsweise Ticketverkäufe zu Spielen essentiell.

Der Wirtschaftsstandort Pirmasens muss deutlich verbessert werden. Das Schönreden der Leerstände in Pirmasens muss ein Ende haben. Insbesondere ist es wenig zielführend die Schuld für die Misere bei anderen zu suchen – wie beispielsweise beim Outlet. Schon bei meiner Haushaltsrede im Februar habe ich schon deutlich darauf hingewiesen, dass hier vieles im Argen liegt und die Citymanager bis jetzt nicht die notwendigen Impulse gebracht haben, vielmehr sieht der Bereich nach der Lutherkirche jetzt vollkommen beliebig aus. Wo bleibt die angekündigte Öffnung für Dienstleistungen, Wohnungen, Handwerk. Das Konzept der Stadtentwicklung muss eine Weiterentwicklung – ein neues Stadtleitbild, auch wenn dies ein toller basisdemokratischer Ansatz (habe ich in meiner letzten Haushaltsrede gerne Inspiration gegeben) war reicht da nicht aus – erfahren. Wir fordern wir den Stadtvorstand auf, dem Stadtrat die Vorstellungen eines neuen Weiterentwicklungskonzepts zu präsentieren. Dabei

muss auch der Tourismus – wir sind eine hervorragende Urlaubsregion, nicht nur für Wanderer - eine Rolle spielen. Dabei wäre es hilfreich, wenn Leuchttürme wie das Dynamikum nicht auf unbestimmte Zeit geschlossen werden.

So klappt es dann auch mit soliden Vereinsfinanzen.

Nachwuchsarbeit (Kindergärten/Schulen/Personal)

In jeder Sportart und jedem Sportverein ist Nachwuchsarbeit unverzichtbar. Zum letzten Haushalt sprach ich die Lage bei unseren Bambinis - den Kindergärten – kritisch an. Offensichtlich mit Erfolg, nachdem wir mehrfach mit Anfragen die Situation in Kindergärten beleuchtet haben und es deutlich wurde, dass es an Personal Kita-Plätze fehlt, werden im kommenden Haushalt ein zweistelliger Millionenbetrag in die städtischen Kitas investiert und das Personal deutlich aufgestockt. Schön, dass jetzt endlich gehandelt wird, schade, dass es immer so lange dauert.

Natürlich kostet Nachwuchsarbeit den Verein Geld, aber dieses Geld ist natürlich die beste Investition in die Zukunft. Natürlich hilft es, wenn die Nachwuchsarbeit durch finanzkräftige Sponsoren unterstützt wird, wir werden uns dafür einsetzen, dass die Evaluation des Kita Gesetzes zeitnah erfolgt und somit die Finanzierung für die Zukunft sichergestellt

Nach den Bambinis kommt der nächste Schritt im Jugendbereich, hier wurde nach Jahren des Chaos – Stichwort Schulrochade – endlich ruhiges Fahrwasser erreicht. Die Landgraf-Ludwig Realschule Plus ist mit unglaublich viel Geld endlich saniert, das Hugo-Ball-Gymnasium wird – wenn auch mit erheblichem zeitlichem Verzug – auf Vordermann gebracht und auch die Husterhörschule wird mit der angrenzenden Pirminiuschule in nächster Zeit komplett erneuert. Schön, dass man hier endlich etwas Ruhe reingebracht hat, schade, dass erst nach Jahren auf dem Holzweg auf den richtigen Pfad zurückgefunden hat.

Wenn jetzt noch das neue Jugendhaus endlich mal fertig wird, ist die Jugendabteilung auf einem guten Weg.

Ein vorderer Tabellenplatz ist durchaus möglich.

Trainingsmethoden (KI/Digitalisierung)

Genauso wichtig wie eine gute Nachwuchsarbeit, sind moderne und passende Trainingsmethoden. Nur so können Sportler sich stetig verbessern und effektiv auf Wettkämpfe vorbereiten. Auch wir müssen uns als Stadtverwaltung mehr Gedanken, um moderne Trainingsmethoden machen, denn nur so können wir die vorhandenen Mitarbeiter effektiv einsetzen und sicherstellen, dass wenn immer mehr Mitarbeiter in Ruhestand gehen, die verbliebenen von unnötigen Aufgaben entlastet werden.

Ein dabei wichtiges Thema ist der stetige Ausbau und intensivere Nutzung von mobilen Arbeitsangeboten. Dies stellt gerade in Zeiten von elektronischer Aktenführung eine einfache Alternative zur täglichen Präsenz im Büro dar. Mobilarbeit stellt für Beschäftigte als auch für die Stadt Pirmasens einen Gewinn dar. Mit dieser Möglichkeit können die Beschäftigten der Stadt Familie und Beruf besser vereinbaren und die Stadt kann im Rahmen eines Flächenmanagements immense Kosten an Immobilien reduzieren.

Ein weiterer moderner Trainingsansatz sind computergestützte Methoden wie z.B. KI. Der digitale Ausbau, die Automatisierung und die Nutzung von KI werden in der Stadtverwaltung bislang – von wenigen Ansätzen im Sitzungsdienst – nur rudimentär angeboten und genutzt. Zum einen können so die erheblichen personellen Weggänge der Boomer - circa 30 % der Beschäftigten gehen in den nächsten Jahren in Ruhestand – abgefedert werden, zum anderen besteht durch die Nutzung der neuesten Technik die Möglichkeit von deutlichen Einsparung. Das bietet die Chance von Einsparungen durch Vereinfachungen von Prozesse und gleichzeitig aber auch die Möglichkeit ein besseres Dienstleistungsangebot für Bürgerinnen und Bürger. Die SPD forderte die Stadt auf dem Stadtrat aufzuzeigen, wie diese Entwicklung in den nächsten 2-3 Jahren auf die Dienstleistungen der Stadt und Verwaltungsprozess genutzt und umgesetzt wird. Lassen Sie uns gemeinsam die Stadt zu einem modernen Arbeitgeber, mit modernen mitarbeiter- und bürgerfreundlichen Angeboten machen.

Der Klassenerhalt ist möglich

Kultur

Bei vielen Sportveranstaltungen gibt es ein Rahmenprogramm abseits des Sports. Auch bei uns gibt es ein Rahmenprogramm organisiert vom Kulturamt. In der letzten Haushaltsrede

fand ich noch lobende Worte für die Tatsache, dass das Kulturamt endlich wieder als eigenständiges Amt organisiert ist, offensichtlich war das aber ein klassischer Fall von zu früh gefreut. Kurz danach haben die Kuratorin und die Kulturmanagerin das Kulturamt bereits wieder verlassen, neue Mitarbeiter werden heimlich still und leise vorgestellt. Wahrscheinlich um sicher zu gehen, dass keinem auffällt, wenn diese auch nach kurzer Zeit bereits wieder gehen.

Hier liegt personell offensichtlich vieles im Argen und man entscheidet sich lieber die Spieler statt des Trainers auszuwechseln. Die hohe Fluktuation im Personalbereich ist nicht länger hinnehmbar und dringender Handlungsbedarf geboten. Herr Clauer wir erwarten, dass sie die Probleme in den Griff bekommen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Das hat die Kultur in der Stadt nicht verdient.

Hier droht akute Abstiegsgefahr.

IKZ

Wie Sportvereine miteinander zusammenarbeiten – wie beispielsweise die mittlerweile beendete Spielgemeinschaft des TuS Winzeln mit dem SV Lemberg – gibt es auch für Kommunen die Möglichkeit mit Nachbarkommunen miteinander zu arbeiten. Die Rede ist von der interkommunalen Zusammenarbeit, kurz IKZ. Zu Beginn dieser Wahlperiode haben wir bereits von den Möglichkeiten und schon laufenden Projekten berichtet bekommen. Einiges wird schon gemacht, aber hier ist noch deutlich Luft nach oben. Es entsteht der Eindruck, man macht das was man unbedingt machen muss, ein Herzensprojekt ist aber mit Sicherheit nicht.

Dabei gibt es so viele Möglichkeiten, die die Kommunen fit für die Zukunft machen, dem demographischen Wandel beim Personal Rechnung tragen, Einsparmöglichkeiten und das Potential haben nicht nur die Stadt Pirmasens, sondern die ganze Region nach vorne zu bringen. Eine gemeinsame Wirtschaftsförderung von Kreis und den Städten Pirmasens und Zweibrücken wäre eine Möglichkeit, man hätte beim Outlet über einen Zweckverband nachdenken können, so dass als Kommunen der Region davon profitieren, ein gemeinsames Tourismuskonzept, das wirklich seinen Namen verdient, gemeinsame IT Dienstleistungen... Sie sehen die Möglichkeiten sind da, sie müssen nur genutzt werden. Lassen Sie uns gemeinsam vom Sport lernen und eine kommunale Spielgemeinschaft wagen.

Sicherheit

Bei allen Sportveranstaltungen, in Fußballstadien ist die Sicherheit der Fans und Teilnehmer unglaublich wichtig. Das gleiche gilt für die Sicherheit in der Innenstadt, die Menschen wollen sich, wenn sie abends unterwegs sind sicher fühlen. Dazu gab es auch schon viele Veranstaltungen, Arbeitstreffen mit der Polizei und vieles mehr. Die Ergebnisse sind bekannt, es ist eher von einer gefühlten Unsicherheit als einer tatsächlichen Unsicherheit auszugehen. Die Polizei und Mitarbeiter des KVD bestreifen die Innenstadt regelmäßig, die Stadt nimmt am Modellprojekt des Mdl zur urbanen Sicherheit teil. So weit so gut, man könnte meinen es wird schon viel gemacht. Aber hier hat man die Rechnung ohne den Wirt bzw. den Ex-Polizisten und selbsternannten Stadtsheriff gemacht. Tatsächlich hatte man die glorreiche Idee die Stadt mit Kameras zu überwachen, ohne Rechtsgrundlage und ohne mit den Fachleuten vor Ort – der zuständigen Polizei – zu sprechen, aber dafür in den sozialen Medien fleißig die Werbetrommel gerührt. Ein Rohrkrepierer wie er im Buche steht, so verstärkt man bei den Bürgern das Gefühl der Unsicherheit und erreicht genau das Gegenteil. Der Klassenerhalt ist gefährdet.

Calisthenics

Kein sportlicher Jahresrückblick ohne das neue Angebot für Freizeitsportler in Pirmasens anzusprechen, die neue Calisthenics Anlage. Eigentlich ein tolles Angebot für alle Fitnessbegeisterten in Pirmasens, aber leider ein Projekt an dem man schön erkennen kann, wo

beim Stadtvorstand noch deutlich Nachholbedarf besteht, gut gemeint ist meist nicht gut gemacht. Zunächst wurde das Projekt auf die lange Bank geschoben und nur durch regelmäßige Nachfragen konnte der aktuelle Planungsstand in Erfahrung gebracht werden. Als es dann soweit war verkünden Sie Herr Zwick wie immer das Projekt zuerst auf Social Media und sind sich für eine dreiste Lüge nicht zu schade. Tatsächlich war dort zu lesen, dass das Projekt eine Idee von Herrn Ruhstorfer war. Ohne die Arbeit des Herrn Ruhstorfer schmälern zu wollen, man tritt so die Interessen der Leute, die die Sache angeschoben haben unsere Fraktion und der Jugendstadtrat mit Füßen, natürlich war keiner von diesen zu Eröffnung eingeladen. Und dann ist die Anlage zu den Öffnungszeiten geschlossen und Licht gibt es auch keines. Einfach lieblos.

Doch bevor ich zum Schluss komme, habe ich noch eine Überraschung. Entgegen der Haltung in der Vergangenheit, werden wir als SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen. Das noch vieles im Argen liegt, habe ich deutlich gemacht. Dass Sie aber auch bereit sind aus Fehlern zu lernen und wichtige Projekte anzugehen, zeigt die Schwerpunktsetzung im Bereich Kindergärten. Deshalb sind wir diesmal bereit Ihnen einen Vertrauensvorschuss zu geben, dies bedeutet aber nicht, dass wir mit allem einverstanden sind. Sie können sicher sein, dass wir auch in Zukunft die anstehenden Projekte – insbesondere im Kulturbereich – weiter kritisch begleiten werden.

Abschließend gilt mein Dank Iris Brandt und dem gesamten Team der Kämmerei für die gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit “

Ratsmitglied Deutschmann verliest die Haushaltsrede für die AfD-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sehr geehrte Ratskollegen, uns liegt heute ein Haushalt zur Abstimmung vor, mit dem Sie im Jahr 2025 bis zu 20 Millionen € neue Schulden machen wollen.

Alleine schon deshalb ist er für uns nicht zustimmungsfähig!

Erneut muss die Stadt mit einem Defizit in Millionenhöhe für das kommende Jahr planen!

Erneut werden die Pirmasenser Bürger verstärkt zur Kasse gebeten. Man verweist auf die ADD und verkauft den Anstieg der Grundsteuer B von 570 auf „nur“ 700 Punkte sogar als positives Verhandlungsergebnis!

Erneut liegt das größte Defizit im Sozialetat und alles zusätzlich den Bürgern abgeknöpfte Geld, versickert wirkungslos im großen Loch!

Es gab keine Versuche der Verwaltung, über Einsparungen zu einem annähernden Ausgleich der Verluste bei der Grundsteuer zu kommen. An der „Steuerschraube“ zu drehen ist eben immer einfacher und vor allem bequemer, als gegen verwertbare Widerstände Kürzungen bei bestimmten Interessensgruppen vorzunehmen.

Dabei ist die Einnahmenseite überhaupt nicht das Problem, weder in unserer Stadt, noch im gesamten Land, sondern einzig und alleine die Ausgabenseite; so haben sich über Jahrzehnte hinweg die Einnahmen immer weiter erhöht während sich gleichzeitig die Ausgaben stets in noch höherem Umfang gesteigert haben.

Wenn im kommenden Jahr alle Planstellen besetzt werden sollten, beschäftigt die Stadt etwa 724 Mitarbeiter bei rund 40 000 Einwohnern; das sind fast 2 Prozent der Bevölkerung. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sollen sich im kommenden Jahr auf 53,9 Millionen € belaufen.

Die Aufwendungen für die „soziale Sicherung“ betragen 78 Millionen Euro. Die Anzahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften stagniert seit Jahren bei etwa 2500. Die Hilfen für Asylbewerber, fordern einen konstanten jährlichen Fehlbetrag von ca. 300000 Euro. Abschiebungen werden kaum vollzogen, jeder wird unterstützt und finanziert unabhängig von Bleiberecht und Zukunftsperspektive.

Wie viele „Macheten-Attacken“ und „Brennpunkte“ mit ständigen Polizeieinsätzen gab es denn in unserer Stadt vor Beginn der illegalen Masseneinwanderung? Unsere Stadt wird als sicher dargestellt – obwohl dies in keinsten Weise das Empfinden unserer Bürger widerspiegelt.

Gleichzeitig einher geht ein massiver Anstieg der Einbürgerungen: in den letzten Jahren auf eine mittlerweile dreistellige Zahl im Jahr!

Bei der Gewerbesteuer geht man in den nächsten vier Jahren von einer exorbitanten Einnahmensteigerung aus (von jetzt etwa 25 Millionen € auf fast 43 Millionen €). Für diese Prognosen aus „Tausend und einer Nacht“ gibt es keine rationale Grundlage, zumal sich die Industrie in unserem Land aufgrund der verheerenden Bundespolitik im freien Fall befindet und immer stärker die Flucht ins Ausland ergreift; insofern sollte sich die Verwaltung für künftige Prognosen vielleicht mal eine neue Glaskugel kaufen, sofern es das Budget erlaubt.

Die einzige alternative Erklärung wäre, dass man beabsichtigt, die Hebesätze für die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren drastisch zu erhöhen. Aber dann eben erst nach der Bundestagswahl im Februar.

Fantasiebuchungen finden sich übrigens auch bei den vermuteten Einnahmen aus der Schlüsselzuweisung B, bei welcher man zukünftig von konstanten jährlichen Zuflüssen in Höhe von 47 Millionen € ausgeht; dabei hat die Vergangenheit stets gezeigt, dass man sich gerade in diesem Bereich auf überhaupt nichts verlassen kann, denn wiederholt wurden verschiedene Zuweisungen entweder erhöht oder gesenkt bzw. sogar gänzlich gestrichen oder neu eingeführt.

Bund und Land sind jedoch nicht irgendwelche gesichtslosen staatlichen Ebenen, sondern es sind die jeweils Regierenden von schwarz, rot, gelb und grün, welche dort die entsprechenden Gesetze machen und uns immer weitere und größere Aufgaben auferlegen, ohne diese ausreichend zu finanzieren. Wer, wenn nicht Sie hier - als die Basis dieser Parteien - hätten die Möglichkeit, Einfluss auf diese Regierenden zu nehmen? Deshalb sind Sie mit ihrem Kartell Teil des Problems und können nicht zu einer Lösung beitragen; stattdessen tragen Sie allesamt diese Rechtsbrüche stetig mit und vertreten damit eben gerade nicht die Interessen unserer Stadt, sondern einzig und alleine die ihrer jeweiligen Parteien; wohlgemerkt jener Parteien, die sich diesen Staat schon lange zur Beute gemacht haben.

Dieser Haushalt bietet keine Qualität oder gar Zukunftsperspektiven, weswegen wir ihn ablehnen werden!“

Ratsmitglied Wink verliest die Haushaltsrede für die FDP:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, allgemein betrachtet, befinden wir uns als Stadt und als Einwohnerinnen und Einwohner vor besonderen Herausforderungen. Und ich meine dies nicht nur politisch. Wir haben Kriege in Europa. Wir haben steigende Preise, teilweise massiv. Wir haben soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen. Lassen Sie mich daher auf einige Punkte eingehen, welche für uns und mich wichtig sind.

Zu Beginn die Debatte die Grundsteuer. Wir haben einige Worte dazu gehört, aber der Vollständigkeit lassen Sie mich sagen, dass das Gesetz nicht im Dezember 2024 beschlossen wird, sondern in die erste Lesung geht. Dann in den Ausschuss, in die Anhörung, und am Ende sehen wir, wo das Gesetz steht. Und ergänzend möchte ich, bei aller Kritik, auch erwähnen, dass dies eine optionale Möglichkeit ist und keine Pflicht. Und wir alle wissen auch, dass die Neuberechnung der Grundsteuer verfassungsrechtlich geboten war. In Bezug auf den KEF kämpfe ich für die Umsetzung der früheren Evaluierung, da die Bemessungsgrundlage 2021 schnellstmöglich erneuert werden muss. Für die kommunale Entschuldung hoffe ich, dass eine neue Bundesregierung

entsprechend handelt und die zweite Hälfte der kommunalen Schulden übernimmt.

Unser Haushalt zeigt im Bereich des Sozialen das größte Defizit auf. Und wir stehen vor Zeiten, in denen die sozialen Herausforderungen groß sind. In der Öffentlichkeit nehmen wir die Debatte um die Erhöhung der SV-Beiträgen oder KV-Beiträgen wahr. Viele Menschen beunruhigt diese Situation. Manche könnten weniger Netto haben. Dies bedeutet, dass die Masse, die an prekäre Verhältnisse grenzt, größer werden kann. Dies wirkt in auch in Aufgabenbereiche der Politik.

So muss auch der Bereich der Schuldnerberatung und der - Prävention gestärkt werden. Gerade jüngere Menschen, tappen oft in die „Buy today - sale later“-Falle. Dies bedeutet, dass der Bereich gestärkt werden muss. Dies Ampel in Mainz hat entsprechende Mittelerhöhungen im Haushalt verankert, welcher voraussichtlich im Dezember Plenum beschlossen wird. Der zweite, für die Menschen wichtiger, Bereich, ist die Gesundheitsversorgung. In der Öffentlichkeit wird leider oft, wider besseres Wissen, eine Debatte geführt, die den Menschen Angst macht. Das Krankenhausgesetz im Bund hatte bestimmt auch Kritikpunkte, welche auch von den Ländern kritisiert wurden. Aber notwendige Reformen aus politischem Kalkül scheitern zu lassen, wäre dem System an sich auch nicht gerecht geworden. Nun bedarf es noch Verordnungen, welche bis 31.08.2025 mit Bundestag und Bundesrat geschaffen werden müssen. Und all dies beinhaltet auch Chancen. Dies bedeutet, dass die Herausforderungen angegangen werden und eine Zukunftsstrategie weiterverfolgt wird. Dabei werden wir Strukturen, Stärken und Schwächen bewerten müssen. Und mit den bekannten Erweiterungen und Fortentwicklungen sehe ich Pirmasens als einen starken Gesundheitssandort. Gesellschaftlich ist ein wichtiges Thema die Sicherheit. Sicherheit ist nicht verhandelbar - sie ist eine Grundvoraussetzung für eine lobenswerte Stadt. Wir wissen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger an bestimmten Orten in Pirmasens subjektiv nicht sicher fühlen. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Deshalb machen wir, wie bereits im Wahlkampf angekündigt, Sicherheit zu einem zentralen Schwerpunkt unserer Arbeit. Fortgeführt hat die Koalition dies im Koalitionsvertrag und in ersten Anträgen. Thema: Sicherheitskameras an relevanten Orten installieren. Das ist kein Selbstzweck, sondern ein klares Signal.

Die Kameras werden nicht nur dazu beitragen, Straftaten zu verhindern, sondern auch helfen, die Täter schneller zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen. Aber auch der Punkt Sicherheit erfordert ein umfassendes Konzept. Prävention steht dabei genauso im Fokus wie eine konsequente Strafverfolgung.

Eng mit diesem Thema verzahnt ist auch das Leben in der Innenstadt. Im großen Bild ist eine Innenstadt heute mehr als nur ein Ort des Handels - sie ist ein Ort der Identität und des Miteinanders. Unser Ziel ist es, sie wieder zu einem lebendigen Zentrum für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen. Auch hier hat die Stadt erste Ansätze wie der Calisthenics-Park oder die Umsetzung „dritter Orte“.

Ebenfalls eng verzahnt ist hier wiederum der Tourismus. Nicht nur ein Zeichen für Gesellschaft, Miteinander, Entspannung, sondern auch ein Wirtschaftsaspekt. Ich werde nicht müde zu wiederholen, dass wir hier ein großdenkendes Konzept benötigen, welches laut Koalitionsvertrag erstellt werden soll. Die Region, die Hotellerie und die Gastro brauchen Menschen. Ein

Beispiel für diese positive Entwicklung ist die Ansiedlung des neuen B+B Hotels in Pirmasens. Kein Hotelbetreiber würde investieren, wenn er nicht an die Attraktivität und Zukunft unserer Stadt glaubt. Doch diese Ansiedlung zeigt nicht nur, dass Pirmasens als Standort an Bedeutung gewinnt, sondern auch, wie wichtig es ist, über Stadtgrenzen hinauszudenken. Hierzu benötigt es auch der Infrastruktur. Nicht nur digital, sondern auch Verkehrsinfrastruktur. Die B10 bleibt ein zentrales Thema für die Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung unserer gesamten Region - und somit auch für Pirmasens. Sie ist nicht nur eine wichtige Verkehrsader, sondern auch ein entscheidender Standortfaktor, der darüber entscheidet, wie attraktiv unsere Region für Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Touristen bleibt.

Der Anschluss an die überregionale Verkehrsinfrastruktur ist dabei unverzichtbar, um Wachstum und Lebensqualität zu sichern. Dazu kommen das Parkraumkonzept, Radwegekonzept und wichtig die hoffentlich baldige Aufstellung des Landesverkehrswegeplan, um den Mobilitätsmix zu gestalten. Aber wir wissen auch, welcher Bereich unser System trägt und größtenteils finanziert. Eine starke Wirtschaft. Private und öffentliche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und leisten einen wichtigen Beitrag für eine Stadt. Des Weiteren bieten sie gesicherte Berufsausbildungen, treiben Innovationen voran und sind wichtiger Kooperationspartner lokaler oder regionalen Einrichtungen. Die städtischen Unternehmen sichern mit ihrem Dienstleistungs-, Infrastruktur- und Versorgungsangebot wichtige Grundlagen in der Stadt, (und deshalb wird es auch wichtig sein, dass wir die Stadtwerke für die zukünftigen Aufgaben stärken und einen objektiven und fachlich starken Geschäftsführer, wie Herrn Dörr, langfristig binden). Aber eine Stadt muss der Wirtschaftsförderung auch die Möglichkeit geben, sich auch künftige Zeiten einzustellen. Wir reden heute über die Wirtschaftsförderung 4.0 und das Spektrum an Aufgaben für die Wirtschaftsförderungen. Die Tätigkeit der städtischen Wirtschaftsförderung geht mittlerweile deutlich über die reine Unternehmensbetreuung hinaus. Mittlerweile spielt die Bildung in Verbindung mit der damit einhergehenden Fachkräfteproblematik, aber auch außenwirtschaftliche Themen und Verflechtungen eine immer größere Rolle. Neben den Belangen der eigenen Stadt bearbeitet man auch in engem Schulterschluss regionale Themen zusammen mit der Zukunftsregion Westpfalz. Aber auch der qualitative Zuzug und die Gewinnung von neuen Arbeits- und Fachkräften aus dem In- und Ausland wird für Pirmasens unumgänglich sein.

Hierfür bietet unsere Wirtschaftsförderung bereits eine gute Basis an Netzwerken und Projekten, wie zum Beispiel das „Welcome-Netzwerk“ NIPS (Neu In Pirmasens) oder der regionale Arbeitgeber-Check PRO FACHKRAFT Westpfalz, an dem sich regelmäßig Firmen unserer Stadt und Region beteiligen, um sich auf ihre Fachkräftetauglichkeit prüfen zu lassen. Aber auch landesweit bekannte Messen, wie die Kreativvitti, zeigen unser Potenzial. Um diese Servicequalität aufrecht halten zu können, braucht es die notwendige digitale Infrastruktur, Personal- und Finanzausstattung. Dies fordern wir als FDP immer wieder und haben es auch im Koalitionsvertrag

verankert. Weiter möchten wir auch, dass die Stadt Anlaufpunkt für Startups wird. Lassen Sie uns hier einige Vorteile nutzen und lassen Sie uns ein Gründermilieu kreieren, welches auch Gründerinnen und Gründer aus der Region oder darüber hinaus anzieht. Ich möchte an dieser Stelle nicht nur meinen ausdrücklichen Dank aussprechen (Mark Schlick in Vertretung). Und bei all den Punkten ist vor allem unser Stadtmarketing noch stärker gefragt. Es geht um eine umfassende Strategie, die Pirmasens als Ort für Begegnung, Kultur und Freizeit neu belebt. Mit einem Zukunftskonzept für das Stadtmarketing, können wir unsere Stärken spielen. Auch dies ein Punkt, welcher sich in unserem Koalitionsvertrag findet. Umgekehrt profitieren auch wir von Touristen, die in den umliegenden Gemeinden unterwegs sind und Pirmasens als Reisepunkt wählen. In Gesprächen, insbesondere mit Schülerinnen und Schülern, wurde mir klar, wie sehr gerade junge Menschen sich mehr Attraktivität und Aktivitäten in der Innenstadt wünschen. Und natürlich investiert die Stadt viel in Bereiche der Bildung, Infrastruktur, Kunst oder Wirtschaft. Mit 22,8 Millionen Euro fließt der größte Teil in die Schulen, Jugend und Bildung. Hierbei reden wir vom Jugendhaus, der neuen TVP-Halle oder Mensen.

Ergänzt wird nun das Ganze durch das neue 200 Millionen Euro Programm der Landesregierung, von welchem Pirmasens rund 6,4 Mio. Euro beantragen kann. Entsprechend für Wirtschaft, Klimaschutz und Stadtentwicklung und auch mit erheblichen Erleichterungen Z.B. im Bereich des Vergaberechts. Dabei können wir selbst entscheiden, welche Projekte wir priorisieren möchten. Aber auch soziale Projekte, wie die Schaffung von Treffpunkten für Jung und Alt, können wir angehen. Lassen Sie uns die Bemühungen der Politik zu all den Bemühungen, die viele Vereine und Einrichtungen in der Stadt vollbringen, ergänzen. Wenn wir es schaffen, dies dann auch nach außen zu tragen, gewinnen wir Wirtschaftskraft und Menschen.“

Es verliest Ratsmitglied Wittmer die Haushaltsrede für die Fraktion Die Grünen:

„Sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir stehen mal wieder vor der Herausforderung, einen Haushalt zu verabschieden, der von erheblichen finanziellen Engpässen geprägt ist. Die Rahmenbedingungen setzen unserer Stadt enge Grenzen. Trotz aller Bemühungen um Konsolidierung zeigt der vorliegende Haushalt ein deutliches Defizit auf, das unsere finanzielle Situation weiterhin belastet. Unser Ziel bleibt es, die kommunale Daseinsvorsorge sicherzustellen und gleichzeitig den Haushalt so zu gestalten, dass unser Schuldenberg nicht unkontrolliert anwächst. Ich will nun nur auf einige Aspekte dieses Haushalts eingehen. Der Fehlbetrag von 19,9 Millionen Euro im Ergebnishaushalt vermag auch nicht die von der Kommunalaufsicht uns aufgetragenen Konsolidierungskommission um Welten schließen. Dennoch ist es richtig, dass in den kommenden Monaten viele Prozesse in der Verwaltung nochmal auf den Prüfstand gestellt werden und wir Prozesse optimieren. Das trägt nicht nur zur Einsparung von Steuergeld und dem damit verantwortungsbewussten Umgang bei, sondern auch zu einer kompetenten und für die Zukunft sicherer aufgestellten Verwaltung, die in Zeiten von Fachkräftemangel mit einer immer schlechter werdenden Perspektive auf das Anwerben von Fachkräften in der Zukunft blicken muss.

In Punkto Stellenplan bedauern wir sehr, dass mit dem Wegfall der Neuausschreibung der §16i-Stellen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich um das Strecktal kümmern nicht entlasten werden können und nun 1,64 Stellen zur Pflege des Strecktalparks fehlen.

Da die Aufgaben mit der Bewerbung zur Landesgartenschau immer weitergewachsen sind, sind wir gespannt wie in Zukunft diese Lücke geschlossen werden soll.

Durch die Ausweitung der Aufgaben sind die fast 24 neuen Stellen in den Kitas keine Entlastung für bestehendes Personal, sondern nur das Bedienen eines neuen Aufgabenfeldes.

Wir müssen die Personalsituation hierbei besonders im Auge behalten und in Zukunft rechtzeitig uns ausreichend um ein Anwerben neuer Mitarbeiter*innen zu bemühen.

Die neu geschaffenen Stellen zur IT-Sicherheit in der Verwaltung sind zwar der richtige Weg, aber bei weitem zu wenig. IT-Sicherheit ist eine Aufgabe von strategischer Bedeutung, die aktuell von unserer Verwaltung nicht ausreichend wahrgenommen wird. Niedrige Personalkosten schützen nicht vor Cyberangriffen

Schmerzlich vermissen wir, dass fiskalisch die Wärmeplanung nicht zu Buche schlägt. Das Abtreten der Verantwortung der Wärmeplanung an die Stadtwerke ist ein Fehler. Bei einer Aufgabe mit solch einer Bedeutung wie die Wärmeplanung muss es muss es Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung geben.

Die Grüne Transformation darf nicht auf dem Abstellgleis stehen.

Es wäre fatal, mit der Schuldzuweisung auf unsere hohen Ausgaben im Sozialhaushalt, deren Wertigkeit und Wichtigkeit zu verleumden. Als Stadtgesellschaft tragen wir selbstverständlich die Verantwortung für die schwächsten unserer Gesellschaft und treten nicht nach unten, sobald das Geld knapp wird.

Die Ausgaben im Sozialbereich sind natürlich gesetzt. Selbst, wenn wir es wollten, wie manche hier im Raum, könnten wir diese nicht reduzieren.

Hier müssen wir zum einen auf eine in Zukunft gerechtere Verteilung von Zuwendungen durch Land und Bund hoffen,

zum anderen können wir sonst nur durch ein Hinwirken auf eine positive gesellschaftliche Entwicklung langfristig, eine Verbesserung erwirken.

Mit dem Anheben des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 700 ist in unseren Augen ein sehr gelungener Kompromiss aus städtischen Einnahmen und Zumutbarkeit der Steuerzahler gelungen.

Nicht den Weg, wie es das Land vorschlägt, die Grundsteuer B in Wohnen und Gewerbetreibende zu unterteilen, einzuschlagen, erachten wir als richtig und sicher.

Sollte in Zukunft allerdings eine eindeutige Rechtslage bezüglich dieser Unterteilung vorliegen, muss das Thema allerdings wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Als Stadt sind unsere Möglichkeiten Einnahmen zu generieren begrenzt.

Eine Option um zu Mehreinnahmen zu gelangen könnte in Zukunft sein eine Besteuerung der Leerstände nach dem Vorbild Landau zu erheben.

Mit diesem Lenkeffekt könnten wir effektiv Leerstand bekämpfen und kommenden Haushalte entlasten.

Was das Investitionsvolumen im Haushalt 2025 angeht, sehen wir vor allen Dingen die veranschlagten 8,1. Mio.€ für den Sektor Schulen, Jugend & Bildung als eine gute Grundlage um unsere großen Herausforderungen im Zuge der Aufwertung unserer Lerngebäude, als sehr wichtig an.

Auch in Zukunft dürfen wir die Investitionen in diesem Bereich auf keinen Fall kürzen, da sie unmittelbaren Einfluss auf die Zukunft unserer städtischen Gesellschaft haben. Denn jeder Euro, der in die Förderung unserer Jugend fließt ist, macht sich langfristig bezahlt.

Schülerinnen und Schüler, verdienen es in einem gutem Lernumfeld aufzuwachsen und in intakten Klassenräumen und Fachsälen zu lernen.

Neben dieser Selbstverständlichkeit dürfen wir nicht vergessen, dass neben Arbeitsplätzen auch die adequate Versorgung mit Kita- und Schulplätzen ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadtbevölkerung ist.

Wichtig dabei ist, wie man diese Lernorte erreicht.

Wir geben bereits fast 1,4 Mio. Euro zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler aus. Von diesen Aufwendungen sind nur Menschen betroffen, die mehr als 4,2 km von ihrer Schule entfernt wohnen.

Um die Verkehrssituation an unseren Schulen und der Innenstadt zu entlasten sollten in Zukunft alle von dieser Regelung profitieren und wir Busse zum Verkehrsmittel Nummer Eins werden lassen.

Die weiteren Investitionen in Höhe von 13,7 Mio. € sind aus unserer Sicht oft durch Notwendigkeit geprägt.

Gerade der Straßenausbau wird uns hoffentlich auf lange Sicht fiskal entlasten, da die Unterhaltung der Straßenschäden ab einem gewissen Punkt nicht mehr in Relation zu den Kosten eines Neubaus steht.

Bei einem durchaus beachtlichen Betrag von 4,4 Mio. € im Straßenbau gilt es ein Auge darauf zu halten, dass auch alle Verkehrsteilnehmer und nicht nur Autofahrende davon profitieren werden.

Die Investitionen von denen die gesamte Stadtbevölkerung profitiert sind besonders wichtig. Das neue Jugendhaus und die Turnhalle in der Turnstraße werden uns langfristig zu Gute kommen und sind bitter nötig.

Die Erhöhung der Ticketpreise im Kulturbereich fällt moderat aus und ist sozial verträglich.

Ausgaben in diesem Bereich erachten wir als nach wie vor für wichtig, da hier Begegnungspunkte geschaffen werden, wir unseren Bildungsauftrag erfüllen und städtisches Leben hier zum Ausdruck gebracht wird.

Einsparungen, allerdings, sehen wir vor allem im Gebäudemanagement. Die Heizkosten sind beachtlich.

Eine energetische Ertüchtigung ist dringend notwendig. Dazu gehört konsequentes Dämmen, ein Ausbau der PV-Anlagen und vieles mehr.

Um den Vorschlag von Herrn Maß aus der Konsolidierungskommission, letzte Woche, aufzugreifen, geteilte Arbeitsplätze für Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die sich teilweise im Homeoffice befinden, einzurichten, finden wir gut.

Nur bringt diese Maßnahme erst dann den gewünschten fiskalischen Effekt, wenn wir dadurch in Zukunft Gebäude einsparen können.

In dieser schwierigen Lage bedarf es Durchhaltevermögen, um Prioritäten zu setzen und das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben in unserer Stadt zu sichern.

Ich glaube dieser Kompromiss ist, da wir keine größeren Einschnitte im Budget der Kultur oder den weiteren freiwilligen Aufgaben erlebt haben, der Stadtverwaltung und der Stadtspitze weitestgehend gelungen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen. Dem Haushalten 2025 werden wir, Bündnis 90 DIE GRÜNEN, zustimmen.

Allerdings werden wir die einzelnen Maßnahmen in den kommenden Sitzungen genau auf den Prüfstand stellen.

Vielen Dank! “

Ratsmitglied Knerr verliest die Haushaltsrede für die FWG-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Herren Dezernenten, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat,

heute sitzen wir hier mit vielen neuen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, doch wir stehen vor einem altbekannten Problem. Die Herausforderungen, mit denen wir als Kommune konfrontiert sind, übersteigen auch in diesem Jahr unsere finanziellen Möglichkeiten.

Leider können wir keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Man könnte sagen: „Die Schallplatte hat einen Sprung.“

Wie sich die Bundestagswahlen im Februar auf unsere Situation auswirken werden, ist ungewiss. Doch eines steht fest: Eine schnelle Entlastung der Kommunen ist nicht zu erwarten. Deshalb ist es notwendig, in unserer Stadt eigene Schwerpunkte zu setzen und eine übermäßige Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden.

An dieser Stelle möchte ich direkt auf die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer eingehen. Diese Maßnahme ist unpopulär und keiner von uns will, dass sie umgesetzt wird.

Sie betrifft uns alle direkt oder indirekt finanziell. Dennoch hat die letzte Sitzung des Hauptausschusses deutlich gemacht, dass wir momentan keine andere Wahl haben.

Ein nicht genehmigter Haushalt hätte massive Einschnitte zur Folge, die unsere freiwilligen Leistungen in Bereichen wie Grünflächen, Kultur, Städtepartnerschaft, Stadtbücherei und Volkshochschule in Frage stellen würden.

Wir Freien Wähler sind uns bewusst, dass die im Haushaltsplan 2025 festgelegte Erhöhung im Verhältnis zum Gesamtdefizit des Haushalts nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Dennoch erscheint sie unter den gegebenen Umständen unumgänglich.

Meine Damen und Herren, wir müssen mit den Haushaltsmitteln, die uns zur Verfügung stehen, sparsam umgehen und diese sinnvoll sowie nachhaltig investieren.

Schwerpunkte dabei müssen dabei vor allem die Sicherheit und die Prävention, die Belebung unserer Innenstadt, die Bildung sowie die Gesundheit von Jung und Alt sein.

Das Thema Sicherheit, besser gesagt das Sicherheitsempfinden, hat für die Bürgerinnen und Bürger in Pirmasens große Bedeutung.

Als Koalition haben wir bereits einige Ideen entwickelt und eingebracht, doch wir sind überzeugt, dass wir im Bereich der Prävention dringend nachlegen müssen.

Ein entscheidender Baustein sollte die Installation von Streetworkern sein. Diese Fachkräfte können nicht nur präventiv tätig werden, sondern auch als Bindeglied zwischen der Stadt und unseren Jugendlichen agieren.

Sie helfen, Probleme frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden, bevor ernsthafte Konflikte entstehen.

Wir wollen die Fußgängerzone ausbauen und unser Innenstadtkonzept weiterentwickeln.

Eine lebendige Innenstadt zieht nicht nur Besucher an, sondern fördert auch das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen Räume schaffen, in denen sich alle wohlfühlen und gerne aufhalten. Der Umbau der Fußgängerzone ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Ein weiteres zentrales Anliegen für den Freien Wähler Block ist die Bildung. Der Ausbau unserer Kitas und Schulen sind essenziell, um unseren Kindern die besten Startbedingungen zu bieten.

Bildung ist der Schlüssel zu einer sicheren und erfolgreichen Zukunft. Das Langzeitprojekt der Landgraf-Ludwig-Realschule wurde in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen, aber viele Schulen haben weiterhin Investitionsbedarf.

Auch bei den Kitas gibt es Licht und Schatten: Neue Gruppen werden entstehen und trotz des Fachkräftemangels müssen alle offenen Stellen besetzt werden, was wie wir gehört haben, auch gelingen wird. Aber der Bedarf ist höher als das Angebot.

Wir müssen daher auch finanzierbare neue Konzepte entwickeln.

Die geplante Umnutzung der Container-Klassenräume auf dem Horeb und auf dem Kirchberg zeigt eine Möglichkeit, in relativ kurzer Zeit neuen Raum für Kitas zu gewinnen.

Der geplante Kita-Neubau am Krankenhaus wird den Bedarf an Kinderbetreuung außerhalb der regulären Öffnungszeiten berücksichtigen.

Dies ist ein wichtiger Schritt für unser Krankenhaus als familienfreundlicher Arbeitgeber und ein Pluspunkt bei der Werbung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Stärkung unseres Städtischen Krankenhauses muss Hand in Hand gehen mit der Unterstützung privater Projekte, wie z.B. dem Medizinischen Versorgungszentrum an der Messe. Wir müssen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den notwendigen Gesundheitsdiensten haben. Präventive Maßnahmen und Aufklärung sind von großer Bedeutung.

Fazit: Wir Freien Wähler sind uns der engen finanziellen Spielräume in Pirmasens bewusst.

Wir wollen mit den begrenzten Haushaltsmitteln verantwortungsvoll umgehen und nachhaltig in die Zukunft unserer Stadt investieren.

Wir sind dankbar für die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in den verschiedensten Bereichen unserer Stadt engagieren.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadtverwaltung, die den Haushaltsplan 2025 erstellt haben und sich bei der Erarbeitung des neuen Stadtleitbildes aktiv eingebunden haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich wünsche Ihnen, Ihren Familien sowie Ihren Lieben ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Wir vom Freien Wähler Block Pirmasens werden dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Der Vorsitzende bedankt sich und stellt fest, es bestünde kein Gesprächsbedarf mehr.

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich mit 33 Ja- gegen 8 Nein-Stimmen:

die Annahme der Haushaltssatzung 2025 sowie des Haushaltsplans mit seinen Anlagen (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

zu 5.2 Forstwirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende teilt mit, der Forstwirtschaftsplan 2025 sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 02.12.2024 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der **Forstwirtschaftsplan 2025** wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

| | |
|--------------|----------------------------|
| Erträge | 183.100 Euro |
| Aufwendungen | <u>177.200 Euro</u> |
| Überschuss | 5.900 Euro |

Die Erträge und Aufwendungen sind in den Haushalt 2025 zu übernehmen.

zu 5.3 **Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm**

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 02.12.2024 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2024

Der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

| | |
|--------------|--------------------------|
| Erträge | 9.980.000 Euro |
| Aufwendungen | 9.962.000 Euro |
| Gewinn | <hr/> 18.000 Euro |

Der Gewinn ist auf neue Rechnung vorzutragen.

1.2 Vermögensplan

| | |
|---|------------------------|
| Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je | 10.395.000 Euro |
|---|------------------------|

| | |
|---------------------------------------|----------------------|
| 1.3 Stellenübersicht mit insgesamt | 27,18 Stellen |
|---------------------------------------|----------------------|

2. Finanzplan 2023 bis 2027

Der Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027

| | |
|----------|------------------------|
| wird auf | 48.976.000 Euro |
|----------|------------------------|

festgesetzt.

3. Investitionsprogramm 2023 bis 2027

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2023

| | |
|--|------------------------|
| bis 2027 wird auf den Gesamtbetrag von | 29.872.000 Euro |
|--|------------------------|

festgesetzt.

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

| | |
|----------------------|-----------------------|
| wird festgesetzt auf | 5.891.000 Euro |
|----------------------|-----------------------|

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen wird festgesetzt auf **10.687.000 Euro**

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf **4.614.500 Euro**

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf **8.000.000 Euro**

zu 5.4 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionen sei bereits in der Werkausschusssitzung am 02.12.2024 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2025

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

| | |
|--------------|-------------------|
| Erträge | 5.711.000 Euro |
| Aufwendungen | 5.707.000 Euro |
| Gewinn | 4.000 Euro |

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je **500.000 Euro**

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt **24,00 Stellen**

2. Finanzplan 2024 bis 2028

Der Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2028

wird auf

3.381.000 Euro

festgesetzt.

3. Investitionsprogramm 2024 bis 2028

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2024

bis 2028 wird auf den Gesamtbetrag von

2.383.000 Euro

festgesetzt.

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

wird festgesetzt auf

0 Euro

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen
wird festgesetzt auf

1.325.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

0 Euro

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung
wird festgesetzt auf

3.000.000 Euro

zu 5.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan sei bereits in der Werkausschusssitzung am 02.12.2024 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2025

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP);
ohne Teilbereich Abfallentsorgung
wird wie folgt festgesetzt:

| | | |
|-----|----------------|-----------------|
| 1.1 | Erfolgsplan | |
| | Erträge | 10.042.150 Euro |
| | Aufwendungen | 10.042.150 Euro |
| | Gewinn/Verlust | 0 Euro |

| | | |
|-----|---|-----------------------|
| 1.2 | Vermögensplan | |
| | Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je | 1.135.000 Euro |

| | | |
|-----|--------------------------------|-----------------------|
| 1.3 | Stellenübersicht mit insgesamt | 136,98 Stellen |
|-----|--------------------------------|-----------------------|

2. Finanzplan 2024 bis 2028

Der Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2028

wird auf **5.319.000 Euro**
festgesetzt.

3. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite
wird festgesetzt auf **360.000 Euro**

4. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen wird festgesetzt auf **902.000 Euro**

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den
künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investi-
tionskredite aufgenommen werden müssen, be-
läuft sich auf **320.000 Euro**

5. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssiche-
rung wird festgesetzt auf **3.000.000 Euro**

**zu 6 Satzung der Stadt Pirmasens über die Festsetzung der Hebesätze für die
Realsteuern ab dem Jahr 2025 (Hebesatzsatzung)
Vorlage: 1946/II/20.3/2024**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Bürgermeister.

Bürgermeister Maas erläutert nochmals die Problematik und nimmt Bezug auf den Inhalt der Beschlussvorlage vom 22.11.2024.

Nachdem keine Fragen vorliegen und das Wort nicht erwünscht ist,

stimmt der Stadtrat mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen ab:

Die in der Anlage beigefügte Hebesatzsatzung wird beschlossen und tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

zu 7 Vergabeermächtigungen

zu 7.1 Ausbau der Straße "Am alten Friedhof" in Gersbach

zu 7.1.1 Ausbau der Straße "Am alten Friedhof" in Gersbach Erhöhung der Vergabeermächtigung Vorlage: 1926/II/66.2/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 02.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Erhöhung der Vergabeermächtigung zum Ausbau der Straße „Am alten Friedhof“ wird zugestimmt. Aufgrund der Entwurfsplanung ist eine Erhöhung der bestehenden Vergabeermächtigung

| | | |
|-------------|-------------|------------------------|
| in Höhe von | 1.038.000 € | um |
| | 252.000 € | auf die neue Summe von |
| | 1.290.000 € | erforderlich. |

Verrechnung: Inv.Nr. 5416040006 „Ausbau Am alten Friedhof“

zu 7.1.2 Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben; Ausbau "Am alten Friedhof, AE Gersbach" Vorlage: 1928/II/20.1/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 04.11.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Betrag von 252.000 Euro für den Ausbau „Am alten Friedhof“ (Abrechnungseinheit Gersbach) wird überplanmäßig bei Inv.Nr. 5416040006 bereitgestellt.

Finanzierung:

| | |
|--|------------------|
| Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080088 „Invest-anteil Kanal Straßenbaulastträger“ (nicht verbrauchte Restmittel) | 50.000 € |
| Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080099 „Straßenbeleuchtung AE Stadtgebiet i.Ü.“ (nicht verbrauchte Restmittel) | 100.000 € |
| Einsparungen bei Inv.Nr. 5416030012 „Ausbau Beleuchtung Luitpoldstraße“ (nicht verbrauchte Restmittel) | 50.000 € |
| Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080043 „Ausbau Karl-Theodor-Straße“ (nicht verbrauchte Restmittel) | 2.000 € |
| Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080079 „Ausbau Ottostraße“ (nicht verbrauchte Restmittel) | <u>50.000 €</u> |
| | 252.000 € |

**zu 7.2 S 16 Hugo-Ball Gymnasium - Vergabeermächtigung und Kostenfeststellung zur Errichtung von Sanitärcontainern und einem Vordach zur Unterbringung von vier Schulklassen der Pirminiussschule
Vorlage: 1961/II/69/2024**

Der Vorsitzende erläutert, der Platz in der Pirminiussschule sei nicht mehr ausreichend, weshalb eine Erweiterung erforderlich sei. Er bedankt sich für die Bereitschaft der Schulleitung und des Kollegiums des Hugo Ball-Gymnasiums, übergangsweise Räume zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Maas erläutert die Raumsituation sowie die Planung der Anfahrt anhand des Grundrisses und eines Lageplans (siehe Anlage 3, 4 und 5 zur Niederschrift). Die zur Verfügung gestellten Räume würden vom Hugo Ball-Gymnasium derzeit nicht genutzt.

Der Vorsitzende verweist im Übrigen auf den Inhalt der Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 05.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Errichtung von Sanitärcontainern und einem Vordach zur Unterbringung von vier Schulklassen der Pirminiussschule am Hugo-Ball Gymnasium, Lemberger Straße 89 in 66955 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 215.000,00 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal € 43.000,00 brutto (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über Inv.Nr. 2170000009 Sanierung Hugo-Ball-Gymnasium.

zu 7.3 OM 06 Nagelschmiedsbergschule
Vergabeermächtigung und Kostenfeststellung für Rückbau und Entsorgung
des Gebäudes
Vorlage: 1962/II/69/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 10.12.2024.

Bürgermeister Maas erläutert die Grundstückssituation anhand eines Lageplans und Beamerpräsentation (siehe Anlage 6 zur Niederschrift). Eine Sanierung des leer stehenden Schulgebäudes sei nicht wirtschaftlich darstellbar. Der Rückbau des Gebäudes sei bereits im Haushalt 2024 berücksichtigt, nunmehr erfolge die Umsetzung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

3. Der Ordnungsmaßnahme Rückbau und Entsorgung des Schulgebäudes „Nagelschmiedsbergschule“, Nagelschmiedsbergterasse 8 in 66953 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 750.000,00 € brutto

festgestellt.

4. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal € 150.000,00 brutto (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: 114100.52310004 Ordnungsmaßnahmen Stadtgebiet

zu 8 Erweiterung Städtebaufördergebiet LZ-I Zentrale Innenstadt (Programm Lebendige Zentren)
Vorlage: 1951/II/61/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 29.11.24 und teilt mit, es gehe um die Erweiterung des Fördergebiets LZ-I Zentrale Innenstadt in der Ringstraße bis zur Treppenanlage im westlichen Teil. Die Gebietserweiterung diene als Grundlage zur Förderung der Straßenbaumaßnahme D18 nördliche Ringstraße.

Nachdem es keine Rückfragen gibt, beschließt Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Erweiterung des Fördergebiets LZ-I Zentrale Innenstadt in der Ringstraße bis zur Treppenanlage im westlichen Teil zu.

zu 9 Beschluss über die Geschäftsordnung des Stadtrates in der 19. Wahlperiode
Vorlage: 1943/I/10/2024

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die den Ratsmitgliedern übersandte Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 21.11.2024. Er erläutert die beiden Änderungen in § 6 Abs. 10 und § 31 Abs. 6 der Geschäftsordnung. Er verweist auch auf die ausführliche Vorberatung im Hauptausschuss am 02.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung des Stadtrates für die 19. Wahlperiode (siehe Anlage 7 zur Niederschrift).

zu 10 Messe Pirmasens GmbH; 1. Kostentragung Stadt 2. Vollzug des § 88 Abs. 1 Gemeindeordnung, Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Messe Pirmasens GmbH
Vorlage: 1944/I/40/2024

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage des Schulverwaltungsamtes vom 22.11.2024. Er weist darauf hin, dass über die Angelegenheit jährlich beschlossen wird.

Der Stadtrat beschließt Nr. 1 des Beschlusses erfolgt einstimmig, Nr. 2 mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen:

1. Von den städtischen Forderungen an die Messe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2025 übernimmt die Stadt Pirmasens durch alleinige Kostentragung die Personalaufwendungen für die Hausmeister und Reinigungskräfte.
2. Vollzug des § 88 Abs. 1 Gemeindeordnung;
An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Messe Pirmasens GmbH ergeht die Weisung, wie folgt zu beschließen:
 - a. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 der Messe Pirmasens GmbH mit einem Jahresfehlbetrag von 591.255,98 € wird beschlossen.
 - b. Die Entlastung der Geschäftsführung durch Herrn Guido Frey bei der Messe Pirmasens GmbH im Geschäftsjahr 2023 wird beschlossen.
 - c. Der Wirtschaftsplan 2025 für die Messe Pirmasens GmbH mit einem geplanten Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.288.425,-- € und die Finanzplanung 2025-2028 wird beschlossen.

- d. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hopmeier & Stegner soll für das Geschäftsjahr 2024 zum Abschlussprüfer bestellt werden.

zu 11 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der

zu 11.1 Bio-Energie Pirmasens GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 06.12.2024.

Herr Dörr stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) die Konzern- und Beteiligungsstruktur, den Stand der Dinge sowie die künftigen Strategien vor.

Ratsmitglied Hussong äußert, das Handlungsfeld der Stadtwerke sei mit ÖPNV, Plub und Energieversorgung groß. Es handle sich für die Stadt um ein wichtiges Instrument der Daseinsvorsorge. Er begrüße die Preissenkungen im Energiesektor, um die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Ebenso sei es wichtig, über die Erträge des ÖPNV das Schwimmbad zu unterstützen.

Ratsmitglied Dr. Matheis fragt nach der Kundenentwicklung in den verschiedenen Sparten, insbesondere der Wechselquoten von und zu anderen Energieversorgern.

Herr Dörr erläutert, ca. 3-4% der Kunden konnten zurückgewonnen werden. Nachdem die Discounter wieder am Markt seien, sei der Strom- und Gas-Umsatz aber in diesem Jahr um ca. 10 % zurückgegangen. Die Kundenströme seien schwer zu prognostizieren, daher sei insbesondere die Wärmeplanung wichtig zur Kundenbindung.

Ratsmitglied Dr. Matheis bittet darum, die Defizite im Bereich Energie und Plub im Auge zu behalten, während sich die Verkehrssparte normalisiert habe. In Anbetracht des Wechselverhaltens der Kunden sei es immer schwieriger, das Plub zu halten, was sich letztlich als gemeinwohlschädlich erweise.

Der Vorsitzende ergänzt, je mehr Bürger Energie von den Stadtwerken bezögen, desto besser sei dies für die Gemeinschaft.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Bio-Energie Pirmasens GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH.

Der Wirtschaftsplan 2024 wird wie folgt festgestellt:

| Erfolgsplan | |
|-------------------------|----------|
| Position | EUR |
| Aufwendungen | 74.100 |
| Erträge | 20.200 |
| Verlustübernahme | 53.900 |
| Jahresüberschuss | 0 |

| Vermögensplan | |
|----------------------|--------|
| Position | EUR |
| Mittelbedarf | 33.600 |
| Deckungsmittel | 33.600 |
| davon Kreditaufnahme | 15.100 |
| davon Umschuldungen | 0 |

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.000.000 Euro festgelegt.

zu 11.2 Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 06.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH.

Der Wirtschaftsplan 2024 wird wie folgt festgestellt:

| Erfolgsplan | |
|-------------------------|------------|
| Position | EUR |
| Aufwendungen | 65.457.800 |
| Erträge | 71.819.800 |
| Ergebnisabführung | 6.362.000 |
| Jahresüberschuss | 0 |

| Vermögensplan | |
|----------------------|------------|
| Position | EUR |
| Mittelbedarf | 16.545.000 |
| Deckungsmittel | 16.545.000 |
| davon Kreditaufnahme | 11.768.100 |
| davon Umschuldungen | - |
| Stellenübersicht | |
| Position | Personen |
| Arbeitnehmer | 134 |
| Auszubildende | 1 |

Der Höchstbedarf der Kassenkredite wird auf 10.000.000 EUR festgelegt.

zu 11.3 Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH

zu 11.3.1 Wirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 24.11.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH.
Der Wirtschaftsplan 2025 wird wie folgt festgestellt:

| Erfolgsplan | |
|-------------------------|-----------|
| Position | EUR |
| Aufwendungen | 5.758.700 |
| Erträge | 3.997.100 |
| Verlustübernahme | 1.761.600 |
| Jahresüberschuss | 0 |

| Vermögensplan | |
|----------------------|-----------|
| Position | EUR |
| Mittelbedarf | 1.456.000 |
| Deckungsmittel | 1.456.000 |
| davon Kreditaufnahme | 922.200 |
| davon Umschuldungen | 0 |
| Stellenübersicht | |
| Position | Personen |
| Arbeitnehmer | 57 |
| Auszubildende | 9 |

Der Höchstbedarf der Kassenkredite wird auf 2.000.000 EUR festgelegt.

zu 11.3.2 Verwendung der Mittel zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs 2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 06.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die im Rahmen der Förderung des Nahverkehrs der Stadt Pirmasens zugewiesenen Gelder zur Stärkung des Eigenkapitals der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH zu verwenden und den Rücklagen der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH zuzuführen.

zu 11.4 Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 06.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH.

Der Wirtschaftsplan 2025 wird wie folgt festgestellt:

| Erfolgsplan | |
|-------------------------|-----------|
| Position | EUR |
| Aufwendungen | 3.894.400 |
| Erträge | 1.006.800 |
| Verlustübernahme | 2.887.600 |
| Jahresüberschuss | 0 |

| Vermögensplan | |
|----------------------|---------|
| Position | EUR |
| Mittelbedarf | 867.000 |
| Deckungsmittel | 867.000 |
| davon Kreditaufnahme | 343.000 |
| davon Umschuldungen | 0 |

| Stellenübersicht | |
|------------------|----------|
| Position | Personen |
| Arbeitnehmer | 24 |
| Auszubildende | 6 |

Der Höchstbedarf der Kassenkredite wird auf 3.000.000 EUR festgelegt.

zu 11.5 Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 06.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

.

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH.

Der Wirtschaftsplan 2025 wird wie folgt festgestellt:

| Erfolgsplan | |
|-------------------------|---------|
| Position | EUR |
| Aufwendungen | 256.500 |
| Erträge | 159.400 |
| Verlustübernahme | 97.100 |
| Jahresüberschuss | 0 |

| Vermögensplan | |
|----------------------|---------|
| Position | EUR |
| Mittelbedarf | 200.000 |
| Deckungsmittel | 200.000 |
| davon Kreditaufnahme | 183.000 |
| davon Umschuldungen | 0 |

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.000.000 Euro festgelegt.

zu 11.6 Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH

zu 11.6.1 Wirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 06.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP).

Der Wirtschaftsplan 2025 wird wie folgt festgestellt:

| Erfolgsplan | |
|-------------------------|------------|
| Position | EUR |
| Aufwendungen | 10.177.800 |
| Erträge | 10.975.400 |
| Jahresüberschuss | 797.600 |

| Vermögensplan | |
|----------------------|-----------|
| Position | EUR |
| Mittelbedarf | 1.630.500 |
| Deckungsmittel | 1.630.500 |
| davon Kreditaufnahme | 1.386.500 |
| davon Umschuldungen | 0 |
| Stellenübersicht | |
| Position | Personen |
| Arbeitnehmer | 44 |
| Auszubildende | 7 |

Der Höchstbedarf der Kassenkredite wird auf 10.000.000 EUR festgelegt.

zu 11.6.2 Verwendung der Mittel zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs 2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 06.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die im Rahmen der Förderung des Nahverkehrs der Stadt Pirmasens zugewiesenen Gelder zur Stärkung des Eigenkapitals der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH zu verwenden und den Rücklagen der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH zuzuführen.

zu 11.7 Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP)

zu 11.7.1 Verwendung der Mittel zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs für 2024 Vorlage: 1958/II/20/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf den Beschlussvorschlag der Finanzen vom 03.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Bürgermeister als Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Die im Rahmen zur Förderung des Nahverkehrs der Stadt Pirmasens zugewiesenen Gelder sind von der Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH zur Stärkung des Eigenkapitals der

Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH zu verwenden und den Rücklagen der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH zuzuführen.

zu 11.7.2 Verzicht auf die Aufstellung und Prüfung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung für das Geschäftsjahr 2025 für kleine und mittelgroße kommunale Kapitalgesellschaften
Vorlage: 1957/II/20/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf den Beschlussvorschlag der Finanzen vom 03.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Bürgermeister als Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Verzicht zur Pflicht zur Aufstellung und Prüfung eines Nachhaltigkeitsberichts entsprechend § 289 b-f HGB für das Geschäftsjahr 2025 entgegen dem Gesellschaftsvertrag wird zugestimmt.

zu 11.7.3 Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres 2024
Vorlage: 1954/II/20/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf den Beschlussvorschlag der Finanzen vom 03.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Bürgermeister der Stadt Pirmasens als Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Die Göken, Pollak und Partner, Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Würzburg, wird zum Prüfer für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2024 der Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) bestellt.

zu 11.8 Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH

zu 11.8.1 Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses vom 06.12.2024.

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Er kündigt insbesondere an, dass dem Pirmasenser Krankenhaus, wie der gesamten Krankenhauslandschaft, aufgrund der Strukturreformen im Gesundheitswesen harte Zeiten bevorstünden. Allerdings habe man in Pirmasens schon seit Jahren seine Hausaufgaben gemacht, so dass die Einschnitte weniger hart ausfielen als andersorts und man den Strukturwandel aller Voraussicht nach überstehen werde.

Er übergibt das Wort an Herrn Forster. Dieser beleuchtet die Situation des städtischen Krankenhauses und der Krankenhausstrukturreformen. Nach Aussagen des Bundesgesundheitsministers müssten in der nächsten Dekade von rund 9.000 Krankenhäusern bundesweit mindestens 400 schließen. Viele Krankenhäuser, insbesondere kleinere, seien defizitär, was auch auf die Tarifsteigerungen zurückzuführen sei. Allerdings fehle es bereits an Fachkräften, durch die Schließung von Krankenhäusern hofft man, die Fachkräfte gezielter einsetzen zu können.

Das städtische Krankenhaus habe strategisch gesehen eine gute Position, auch investiere man in eine Erweiterung. Der weitere Gang der Strukturreformen sei mit vielen Fragezeichen versehen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Forster und dem Team des Krankenhauses.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung erhält Weisung. Wie folgt zu votieren:

Der Wirtschaftsplan 2024 der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt.

Er schließt ab:

- Im Erfolgsplan mit einer Unterdeckung von € 11.500.000
- Im Vermögens- und im Finanzplan mit einem Planansatz in Höhe von € 22.500.000
- Im Investitionsprogramm mit € 11.000.000

zu 11.8.2 Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für die Abschlussprüfung des Geschäftsjahres 2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses vom 06.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Für die Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird für das Jahr 2024 die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner, Krefeld, als Abschlussprüfer bestellt.

zu 11.9 Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)

zu 11.9.1 Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses vom 06.12.2024

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Wirtschaftsplan 2025 der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt.

Er schließt ab

- im Erfolgsplan mit einer Unterdeckung von € 5.000
- im Vermögens- und im Finanzplan mit einem Planansatz in Höhe von € 25.000
- im Investitionsprogramm mit € 25.000

zu 11.9.2 Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für die Abschlussprüfung des Geschäftsjahres 2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Städtischen Krankenhauses vom 06.12.2024

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Für die Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH) wird für das Jahr 2024 die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner, Krefeld, als Abschlussprüfer bestellt.

zu 11.10 Bauhilfe Pirmasens GmbH

zu 11.10.1 Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Bauhilfe vom 05.12.2024.

Beigeordneter Clauer führt in die Thematik ein und übergibt das Wort an den Geschäftsführer Herrn Stegner.

Dieser stellt anhand der Präsentation (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) die Situation der Bauhilfe dar. Er appelliert an alle Mandatsträger, sich für wichtige Ziele einzusetzen, nämlich weniger Bürokratie, hohe Standards und Fördermitteleinwerbung sowie den Zusammenhalt in der Stadt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Stegner und seinem Team.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Wirtschaftsplan der Bauhilfe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2025 wird im Erfolgsplan mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 349.000,00 € abschließen und der Vermögensplan wird mit den Endsummen von jeweils 5.512.000,00 € festgestellt.

Der Stellenübersicht mit 35,35 Stellen zuzüglich der auf 556,00 € - Basis Beschäftigten wird zugestimmt.

Der Finanzplanung 2025-2029 mit einem Gesamtvolumen von 24.912.000,00 € wird zugestimmt.

zu 11.10.2 Kreditermächtigung für den Geschäftsführer im Rahmen des Finanzplanes 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 05.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Geschäftsführer wird ermächtigt, das folgende Darlehenskontingent für das Geschäftsjahr 2025 zu dem jeweils günstigsten Zeitpunkt und zu den bestmöglichen Kapitalmarktbedingungen aufzunehmen, zu prolongieren bzw. umzuschulden. Der Geschäftsführer wird weiterhin ermächtigt, die für die Fremdmittelaufnahme erforderlichen Sicherheiten (Bürgschaften und dinglichen Sicherheiten an den betreffenden Objekten) zu bestellen. Gemäß dem Finanzplan 2025 und unter Berücksichtigung der Liquiditätsrechnung

Fremdmittelaufnahme 3.620.000,00 €

zu 11.10.3 Bestellung des Abschlussprüfers der Bauhilfe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 05.1.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Zum Abschlussprüfer der Bauhilfe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahre 2024 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Knoll & Partner, Mannheim bestellt.

zu 12 Wahlen

zu 12.1 Nachwahl für die Aufsichtsräte der städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und der Medizinisches Versorgungszentrum städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH Vorlage: 1948/I/10/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der dse Haupt- und Personalamtes vom 27.11.2024.

Er führt aus, das Vorschlagsrecht liege bei der CDU-Fraktion.

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger für Herrn Dr. Florian Dreifus

Herr Frederic Krämer

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Der Stadtrat wählt den Vorgeschlagenen als stellvertretendes Mitglied für Herrn Philipp Scheidel in den Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und gleichzeitig in den Aufsichtsrat der Medizinisches Versorgungszentrum Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 12.2 Bildung des Koordinierungsrates Dynamikum Pirmasens Vorlage: 1953/I/10/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 03.12.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Empfehlung des Kulturausschusses vom 20.11.2024 zu und wählt

Oberbürgermeister Markus Zwick,
Kulturdezernent Denis Clauer und
Herrn Frederic Krämer

als Vertreter der Stadt in den Koordinierungsrat Dynamikum Pirmasens.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 13 Resolution "Gemeinsam gegen Fluglärm und Kerosinablassungen in der Region"

Vorlage: 1960/I/10/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 04.12.2024 und den Resolutionstext.

Er erläutert, es handle sich um eine Initiative der Stadt Kaiserslautern. Da aber die gesamte Region betroffen sei, hielte er ein solidarisches Vorgehen für geboten.

Ratsmitglied Haberkost erklärt, die USA werde der Erlass der Resolution wenig interessieren. Gleichwohl werde die AfD-Fraktion zustimmen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt den Resolutionstext

Gemeinsam gegen Fluglärm und Kerosinablassungen in der Region

- Reduzierung der Flugbewegungen im Sonderlauftraum TRA Lauter
- Reduzierung der Treibstoffablassungen über der Region

laut Anlage (siehe Anlage 10 zur Niederschrift).

zu 14 Spenden

zu 14.1 Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) - Unterstützung der Hugo-Ball-Gesellschaft

Vorlage: 1955/II/20/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 03.12.2024.

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich mit 8 Gegenstimmen:

Die Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) stellt der Hugo-Ball-Gesellschaft im Kalenderjahr 2024 einen Betrag von 23.400,- EUR als Spende zur Förderung kultureller Zwecke bereit. Die Hugo-Ball-Gesellschaft soll mit diesen Mitteln die Herausgabe des Almanachs, die Pflege und Weiterentwicklung der Hugo-Ball-Sammlung und die zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen finanzieren.

**zu 14.2 Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) - Unterstützung des Kunst- und Kultur Pirmasens e.V.
Vorlage: 1956/II/20/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 03.12.2024.

Ratsmitglied Hussong erklärt, die SPD-Fraktion freue sich, dass das Projekt als Teil der Stadtentwicklung gesehen werde. Er weist allerdings darauf hin, dass seinerzeit ein entsprechender Antrag der SPD im Rat abgelehnt wurde. Nunmehr erfolge die Finanzierung über die SEP.

Ratsmitglied Eyrisch erwidert, die CDU-Fraktion habe den Standpunkt vertreten, dass diffuse Ideen nicht von selbst verwirklicht würden, sondern dass es hierfür auch Macher brauche. Diese gebe es nun. Insoweit sei Herrn Dr. Matheis und Herrn Krämer ausdrücklich zu danken.

Ratsmitglied Hussong wendet ein, es habe sich mitnichten um diffuse Ideen gehandelt, was man daran sehe, dass die damalige Anregung nun umgesetzt würde. Es sei ein damaliger Koalitionspartner der CDU gewesen, der eine Nutzung des Neufferparks verhindert habe.

Ratsmitglied Sheriff meldet sich zu Wort und erinnert daran, dass das Projekt Neufferpark mit den Stimmen der SPD hätte zu Stande kommen können. Unabhängig hiervon sei die jetzige Entwicklung ausdrücklich zu begrüßen.

Nachdem das Wort nicht weiter erwünscht ist, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Die Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) stellt dem Kunst- und Kultur Pirmasens e.V. im Kalenderjahr 2025 einen Betrag von 100.000,- EUR als Spende bereit. Diese soll als Unterstützung zur Sanierung der Neuffer-Villa dienen.

Anmerkung der Protokollführung: Ratsmitglied Krämer hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

zu 14.3 Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1933/I/10.1/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 06.11.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Spende:

| Spender | Zweck | Betrag |
|---------|--|------------|
| | Spende für Reparatur Sprudler im Strecktalpark | 1.000,00 € |

zu 15 Anfragen und Informationen

zu 15.1 Beantwortung von Anfragen

zu 15.1.1 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion in der Stadtratssitzung vom 23.09.2024 bzgl. "Risse Gebäude Kaffeegasse"

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu, die im Nachgang zur Sitzung hochgeladen werde (siehe Anlage 11 zur Niederschrift).

zu 15.1.2 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion in der Stadtratssitzung vom 23.09.2024 bzgl. "Planung Waldkindergarten"

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu, die im Nachgang zur Sitzung hochgeladen werde (siehe Anlage 12 zur Niederschrift).

zu 15.1.3 Anfrage Ratsmitglied Semmet in der Stadtratssitzung vom 11.11.2024 bzgl. "Textilcontainer"

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu, die im Nachgang zur Sitzung hochgeladen werde (siehe Anlage 13 zur Niederschrift).

zu 15.1.4 Anfrage der FWB-Stadtratsfraktion in der Stadtratssitzung vom 23.09.2024 bzgl. "Ampelschaltung Gärtnerstraße"

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu, die im Nachgang zur Sitzung hochgeladen werde (siehe Anlage 14 zur Niederschrift).

zu 15.2 Informationen

zu 15.2.1 Information über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Information über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge (siehe Anlage 15 zur Niederschrift) sei den Ratsmitgliedern vor der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt worden.

zu 15.3 Anfragen der Ratsmitglieder

Ratsmitglied Wittmer erinnert an seine Anfrage zum Jugendstadtrat.

Der Vorsitzende sagt eine Beantwortung zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18.05 Uhr.

Pirmasens, den 26. September 2025

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Denis Clauer
Vorsitzender bei TOP 3, TOP 4

gez. Iveta Leidinger
Protokollführung